INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM

STAATSSCHUTZ ANGRIFF AUF ANTI AKW BEWEGUNG

BUNDESWEITE HAUSDURCH-SUCHUNG

Stört das Gelöbni

Demonstration Di. 2

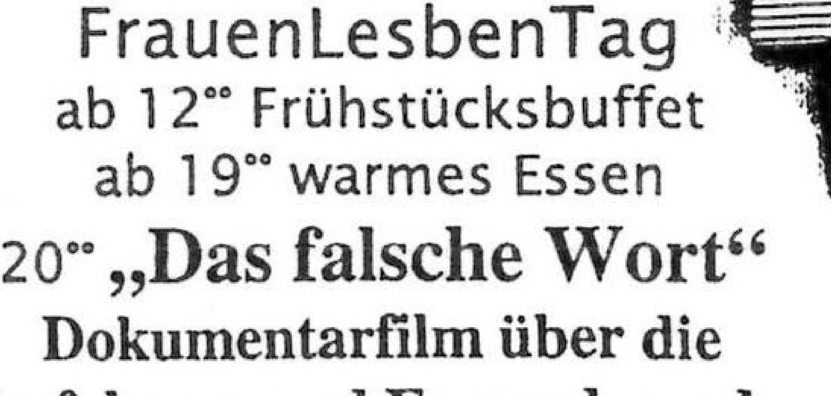
Auftakt: Kurfürstenstra

Hallo,

am 6.7. war es mal wieder soweit: die Damen und Herren des (Morgen)Grauens waren ausgeschwärmt. Ein Unterschied zu anderen bundesweiten Durchsuchungen: niemand ist eingefahren. Hintergrund der Razzien sind erfolgreiche Aktionen gegen die Bahn im Oktober 96 und Februar 97. Wir dokumentieren die damaligen Erklärungen der autonomen Gruppen noch einmal. Auch eine unscheinbare ostdeutsche Zigarettenmarke ist durch die Durchsuchungen groß rausgekommen - product placement at its best. Wir wünschen allen Beschuldigten viel Kraft - laßt Euch nicht unterkriegen! An BAW/BKA: Wir werde noch tanzen, wenn ihr schon längst vermodert seid.
Am 20. Juli sehen wir uns alle bei der Mörder-Vereinigung wg stören, verhindern usw. Keine Ruhe den NATO-Kriegsstrategen!
Die nächste Ausgabe wierd sich schwerpunktmäßig mit dem Grencamp in Lückendorf b beschäftigen, das Camp selbst findet vom 7.-15. August statt.

Impressum
Herausgeberin: Interim e.V.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Anschrift: Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
im Eigendruck

INHALTE:



JULI

sonntag 25.7.
FrauenLesbenTag
ab 12°° Frühstücksbuffet
ab 19°° warmes Essen
20°° **„Das falsche Wort“**
Dokumentarfilm über die Verfolgung und Ermordung der Sinti im Nationalsozialismus und die Verleugnung der Völkermorde nach 1945
von
Melanie Spitter und Katrin Seybold
BRD 1987

Veranstaltungs-/Konzert-/Party-/Anfragen
jeden Mittwoch 17-19°° im EX
Anfragen für den Lautsprecherwagen
jeden Freitag 19-20°° im EX
Anfragen für den VerSammlungsRaum und den Blauen Salon 6918021

Nachbereitung und Einschätzungen
zu den Aktionen gegen die Gipfel in Köln

Montag, 19.7.99, 19 Uhr 30



KÖLN 99 gipfel stürmen 99

im "Politik und Rausch", Grünberger Str. 73,
Berlin
Berliner GipfelstürmerInnen

Mittwoch, 21. Juli, 19.30 Uhr im BAOBAB

Chiapas-Abend
mit mexikanischem Essen, Literatur und Dias über den Aufenthalt in zwei Friedenscamps im zapatistischen Aufstandsgebiet, vom März/April diesen Jahres.

Am 1.1.1994 kam es in Chiapas/Südmexiko zum bewaffneten Aufstand der Zapatisten. Sie fordern die Demokratisierung Mexikos, soziale Gerechtigkeit, eine Landreform und Autonomie für die indigene Gemeinden. Seit 95 existieren auf Bitte der Dorfbewohner internationale Friedenscamps um Schutz vor Übergriffen durch das mexikanische Militär zu



BAOBAB
INFOLADEN EINE WELT E.V.

Ort: Christburgerstr. 3, 10405 Berlin
Telefon: 442 61 74, Fax: 44 35 90 66, E-Mail BAOBAB @ ipn.de
Fahrverbindung Tram 1/Marienburgerstr.

Cocktails ohne Oberleitung
Solidarität mit den Betroffenen der Durchsuchungen vom 6.7.!



Do 15/7/99 21h
Bandito Rosso Lottumstr.10a

Donnerstag 15.7.99, 20.30 Uhr:
***Four Little Girls - Vier kleine Mädchen** (USA 1997)*
Dokumentarischer Film von Spike Lee

Die Südstaaten während der Bürgerrechtsbewegung: Bei einem Anschlag auf eine Kirche werden 1963 vier schwarze Mädchen getötet. Erst 14 Jahre später wurde ein Ku-Klux-Klan-Aktivist für die Tat angeklagt. Spike Lee's Oscar-nominierter Film sorgte dafür, daß der Fall neu aufgerollt wurde.

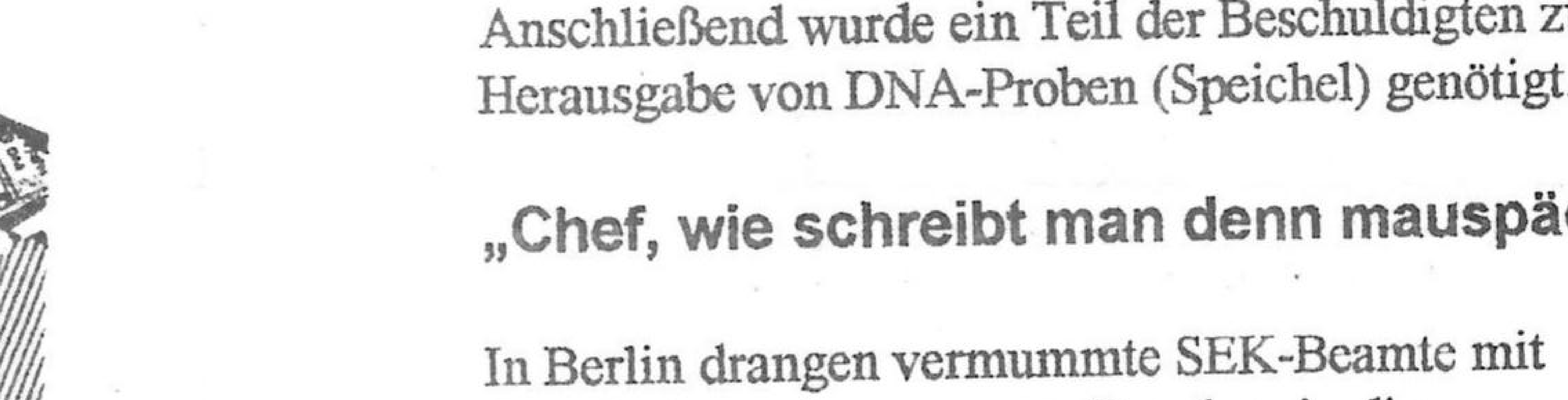






Die BAW und Homer's Illias

Wir haben heute in den frühen Morgenstunden am Dienstag, den 6. Juli 1999....
Nein, Nein, nicht was ihr denkt!
...Besuch gehabt!



Auf Beschluß der Bundesanwaltschaft wurden in Berlin 4 Wohnungen und eine Arbeitsstelle, in Hamburg eine Wohnung, in Bremen ein gesamtes Haus mit Wohnung und Arbeitsstelle, und im Wendland 5 Wohnungen durchsucht.
Die Vorwürfe der BAW lauten auf Bildung einer terroristischen Vereinigung nach 129a (igitt), die im Oktober ´96 und Februar '97 Hakenkrallenanschläge auf die Deutsche Bahn verübt haben soll. Als Dreingabe sollen einige von uns sich gegen die „Ausrichtung von Olympischen Spielen in Berlin im Anti-Olympia-Komitee (AOK) verschrieben haben". Bei den gesamten Durchsuchungen fanden rund 100 BeamtInnen des BKA aus Bonn Verwendung. Anschließend wurde ein Teil der Beschuldigten zur Herausgabe von DNA-Proben (Speichel) genötigt.

„Chef, wie schreibt man denn mauspäd?"

In Berlin drangen vermummte SEK-Beamte mit Stahlhelm und gezogenem Revolver in die Wohungen ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit

Arbeitsunterlagen zu antirassistischer Arbeit sowie Unterlagen zu Bankkonten weckten gleichermaßen das Interesse neben Krankenunterlagen über die eigene Behandlung sowie politischer Diskussionspapiere und Protokolle diverser Debatten (über LEGO und das „autonome Wochenende .gegen die Leere" freuten sie sich sehr).
Die akute Beweisnot dokumentiert sich u.a. im Umstand der wiederholten Verhaftung unserer ältesten Schreibmaschine (erstmals '88 verhaftet) und grauenhaft verstaubter Diskussionspapiere aus den 80er Jahren. Die Verzweiflung wurde greifbar mit der Verhaftung des äußerst subversiven Kriminalromans von '78 (!) 'Paul Jacobs und die Atombande'. Daß 'Castor' was mit griechischer Mythologie zu tun hat, entdeckte sogar der Staatsanwalt, woraufhin Homer's Illias ebenso im sauber nummerierten Asservatentütchen verschwand (eine Langspielplatte mit Liedgut gegen AKW Eselsham von '73 konnte nach Aufklärung, daß es sich um Plattdeutsches Liedgut und nicht etwa Kryptographie handelt, im Regal bleiben.).
Laut Durchsuchungsbeschluß traut man uns zu,

außerparlamentarische Opposition. Von daher liegt die politische Motivation der Bundesanwaltschaft für die Durchsuchungswelle klar auf der Hand. Hier soll ein radikaler Teil der Anti-AKW-Bewegung geschwächt und politisch ausgegrenzt werden. Eine Situation, in der die Beschränktheit der politischen Einflußnahme via Partei und Parlament offensichtlich wird, und die Macht der Energiekonzerne förmlich ins Auge springt, schreit gewissermaßen nach politischer Argumentation und Aktion, die sich notwendigerweise, so sie Wirkung erzielen will, nicht immer im Rahmen polizeilich legitimierter Handlungsmöglichkeiten bewegen kann. Das weiß selbstverständlich auch der Regierungsapparat und dem soll prophylaktisch der Wind aus den Segeln genommen werden. Das wird ihnen aber wohl kaum gelingen, denn Aktionen gegen die Bahn hat es in der Vergangenheit immer wieder - auch in öffentichen Aktionen im Wendland oder in Ahaus - gegeben. Sie sind Teil des vielfältigen, phantasievollen Widerstands, der vom Flugblattverteilen bis zu nächtlichen Aktionen reicht und bei dem ein Grundkonsens immer gewahrt ist, keine Menschleben zu gefährden.

AOK:

aus Rache für die Schmach seiner peinlichen und fehlgeschlagenen Zusammenarbeit mit einer der größten Mafia-Organisationen der Welt, dem IOC.

Persönliches

Das Durchschnittsalter der Beschuldigten beträt ca 47 Jahre, weshalb das Vorgehen der BAW als Anschlag gegen unsere ohnehin niedrigen Rentenansprüche zu deuten ist.

Umwelt in Kosova und Serbien". Dabei kommt der Rassismus der angreifenden Ethnien überhaupt nicht zur Sprache -noch nicht mal der der postnazistischen Deutschen! Zusammengenommen wiederholt ihr damit nur das herrschende rassistische Bild: die Ethnien sind immer die andern; wir (weißen Metropolenmenschen) reden über deren Rassismus und wie gehen wir damit um?

2. Gerade an der Stelle fände ich es spannend, genauer zu schauen, wo und wie sich Rassismus hier modernisiert und verändert hat, indem es hier eben seit Jahrzehnten selbstverständlich ist, daß fast immer die anderen ermordet, gefoltert oder in Lager gesperrt werden.

III Warmduscher als Krieger?

Die Männerbilder, die Ihr beschreibt, sind meiner Meinung nach so nicht [illegible]r oder nicht mehr widerspruchsfrei gültig. Sie entsprechen wohl eher einem Bild von einem Bild. Daß dieses Bild für Euch so stark ist zeigt, daß es durchaus noch seine Bedeutung hat. Genauer: „Kriegslogik basiert auf hierarchischen Kategorien von Stärke und Schwäche, ..." „Männer müssen Ihre Ehre wahren, ..."; „Schwächen und Fehler dürfen nicht eingestanden werden, ..."; „... ein Männerbund nach der Logik von Hierarchisierung, Konkurrenz, Coolness und massivem Sexismus als konstituierendem Element." Kommt mir bekannt vor, auch von meiner persönlichen Auseinandersetzung mit der Armee als Schule der Nation. „Gefühllosigkeit, Brutalität und autoritäre Loyalität sind seine (des Soldaten) Eigenschaften." „Stark, mutig, furchtlos, Heldenhaft, Sieger oder Märtyrer. Es gibt keinen Raum für Schwächen, Zweifel, Zuneigung, Zärtlichkeit und Liebe." Die - patriarchale? -Logik eines Außenministers Fischers ist die Logik seiner Zerrissenheit; der Soldat der Bundeswehr spielt vor der Weltpresse mit Flüchtlingskindern und würde sich ansonsten vielleicht eher aus dem Staub machen, wenn es ans Märtyrium fürs Vaterland gehen soll. Die ersten feindlichen Invasionstruppen in Jugoslawien waren aus dem Himalaya; die französische Armee läßt Fremdenlegionäre sterben und die USA auch erst zuletzt weiße Männer - und Frauen. Die westliche Zivilisation erzeugt in ihren Metropolen Männerbilder, in denen Werte wie Zärtlichkeit, Liebe, Zweifel, ... durchaus positiv besetzt sind. Der oberste US-Kriegsverbrecher war nie Soldat, hat sich von Homosexuellen wählen lassen und gekifft. Andererseits ist die brdRegierung eine offen und offensiv männliche in ihrem Abschmettern aller Beteiligungsansprüche von Frauen (vgl die Wahl von Rau).Diese Widersprüche sind nicht nur für das Verständnis dieses und zukünftiger Kriege wichtig, sondern deshalb auch für unser leben und kämpfen darin. Gerade hier in der brd kommt der Verbindung von nazistischer Kontinuität mit sozialdemokratischen, ökologischen, humanistischen Modernisierungen eine entscheidende innenpolitische Rolle zur Durchsetzung von rassistischer Gewalt zu - ohne die neue Regierung und ihre „innere Zerrissenheit" wäre ein Krieg von deutschem Boden aus schwerer gesellschaftlich zu verankern gewesen. Eine Linke sollte sich zumindest selbstkritisch hinterfragen, wenn ihr Diskurs (Menschenrechte, Selbstbestimmung, Schutz vor sexueller Gewalt ...) in rassistische Politik einbezogen werden kann; und euer lautstarkes Schweigen zum deutschen Rassismus, zur deutschen Geschichte gegen den Balkan und auch über die Shoah zeigt für mich, daß wir immer noch genau aufpassen müssen, um nicht selbst Teil der schönen neuen Weltordnung zu werden.

Unser Widerstand sollte dem Rechnung tragen und die gesellschaftliche Durchsetzung aller Logiken von Unterdrückung sabotieren und angreifen (auch in unseren Köpfen).

Dieser Text versteht sich ebenfalls als unfertig. Ich möchte weiter daran arbeiten: Dabei freue ich mich auf jede Antwort, Kritik, Anregung.

Bis bald

Kain AutonomA

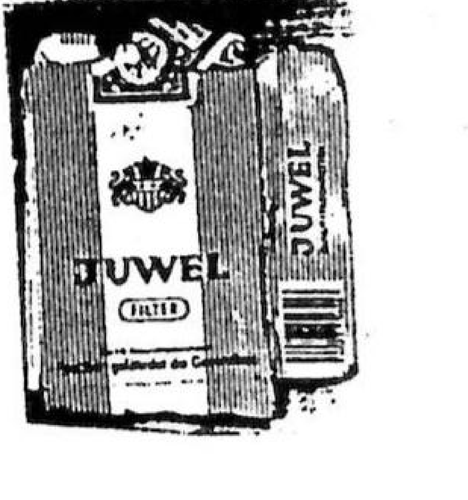
Warnung: Was der Verstärker-Kongreß soll

Der Kongreß soll angesichts der verschiedenen Konzepte der Vergangenheit, die der beschriebenen Situation alle nicht gerecht wurden (traditionelle Antifapolitik. Wohlfahrtsausschüsse usw.), über den Stand der Dinge hinaus weisen. Es ist nicht unser Ziel, einfach nur richtige Fragen zu stellen, es ist auch nicht unser Ziel, die alten Erfahrungen endlos wiederzukäuen. Was wir uns von dem Kongreß erhoffen, sind neben der Diskussion gegenwärtiger Ergebnisse verschiedener Analyseansätze in Bezug auf die Entwicklung einer zeitgemäßen antifaschistischen Politik, Synergieeffekte. Es soll zusammenkommen, was in linksradikalen Paralleluniversen, an partiellen Ergebnissen vorliegt, um das Fundament der zukünftigen Politikansätze zu vertiefen, zu stärken und zu verbreitern. Auch wenn ein solcher Kongreß keine fertigen Konzepte bringen wird, soll die an der Entwicklung politischer Praxis orientierte Analyse, die notwendige inhaltliche Diskussion ermöglichen.

Anmeldecoupon für den „Postbananische Zustände - Verstärkerkongreß"
(22.10.1999 bis 24.10.1999 in Leipzig)

Grünau-AG im BgR, c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig
Fax: 0341- 3013269

Anmeldungen bitte bis spätestens 30. September an folgende Adresse zuschicken:



Anmeldung: bis 30. September 1999

Kontakt/Infos:
Bündnis gegen Rechts (Leipzig)
c/o VL. Postfach 54, 04251 Leipzig
Fax: ++49-341-3013269

------------------------ Abschneiden und zurückschicken ------------------------

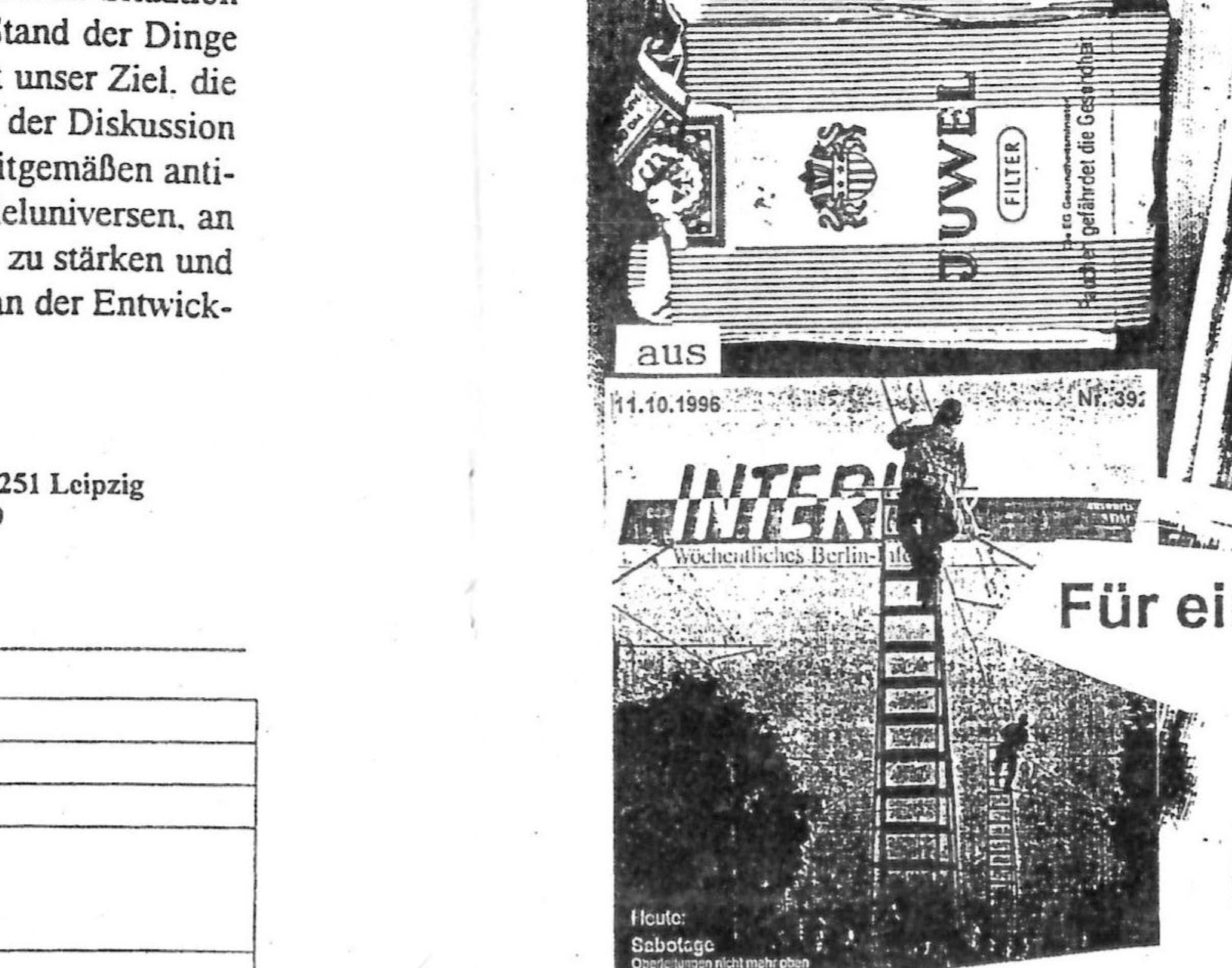
Name:
Adresse:
Teilnahme mit ...... Personen
Benötigte Schlafplätze: vom 22.10.1999 zum 23.10.1999: ...... Schlafplätze vom 23.10.1999 zum 24.10.1999: ...... Schlafplätze
Gruppe oder Einzelperson:

Beugehaft aufgehoben:

Frank ist draussen!



Heute nachmittag wurde Frank Ament aus der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf entlassen. Frank saß vom 11.4.1999 bis zum 30.6.1999 in Beugehaft, weil er sich weigerte, mit dem



Stop die Bahn - Stop den Castor!

Kommunique autonomer Gruppen

Für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor ins Wendland

oder

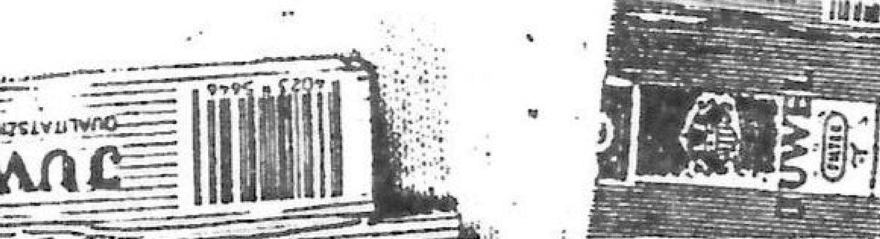
Ein offener Brief

Liebe Leute,

Wir haben in den frühen Morgenstunden des 7.10.96 den Bahnverkehr im gesamten Bundesgebiet lahmgelegt. Hakenkrallen wurden an insgesamt 13 Stellen in die Oberleitungen gehängt:

4 bei Stuttgart

2) Aber dazu haben wir viele Fragen und Kritik an der Anti-AKW-Bewegung. Obwohl wir die Vielfältigkeit im Widerstand gegen die AKWs sehr schätzen, erleben wir die Bewegung als sehr diffus und zu begrenzt auf den Kampf gegen Castortransporte. Viele sich anbietende Schnittpunkte zu anderen sozialen Bewegungen, zur Einbettung unseres Kampfes grundsätzlich gegen die



This is not a love song

Kaum ein halbes Jahr ist es her, und wieder klappert die Atommafia mit ihrem wackligem Gebiß. Nach dem 2. Castor hätten's gern 110 weitere im Zwischenlager Gorleben. Mindestens einen größeren Transport will die Atommafia noch in diesem Jahr nach Gorleben bringen lassen, wieder mit einem ähnlichen Bullenaufgebot wie im Mai. Doch einige Bundesländern, wie Hessen und Niedersachsen sind nicht mehr bereit, jedesmal mehrere tausend Polizisten zur Verfügung zu stellen. "Verfassungsbruch" pocht die Atomindustrie, ihr Recht auf Profit sei im Grundgesetz verankert - auch wenn sie dabei über Leichen geht.

Dabei standen ihren Geschäftspartnern bei der Deutschen Bundesbahn noch vor kurzem die Schweißperlen im Gesicht, als umherschweifende Horden energisch an ihrer deutschen Pünktlichkeit nagten. Das waren ja Zustände wie in Lateinamerika. Kommt der Zug oder kommt er nicht? fragten sich erschütterte Reisende, während derselbige auf offener Strecke bei Göttingen, Hannover oder Magdeburg ein Päuschen einlegte. Wurfanker, Barrikaden und Blockaden, zerknitterte Strommasten... .

Unkalkulierbar war es im Land trotz Einsatz von 19.000 Staatsbütteln - dem größten Aufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik. 10.000 Störenfriede im Wendland, schwänzende SchülerInnen, staatsverdrossene RentnerInnen, eine aufmüpfige Bauernschaft und zum Demontieren von Gleisanlagen aufrufende Hausfrauen.

Noch am Morgen, als der Castor schon in Dannenberg

Sign of the Times

"Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen" fordern viele, und meinen damit längst nicht dasselbe.

Die Grünen reden davon seit ihrer Gründung vor 17 Jahren, auch die PDS hat eine ähnliche Forderung im Programm und bei der SPD heißt das Parteiprogramm "Einstieg in den Ausstieg". Viele Naturschutzverbände und Klimabündnisse verlangen den Ausstieg. Der BUND und die katholische Entwicklungsorganisation Misereor ließen eine umfangreiche Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" anfertigen und belegen darin noch einmal gründlich, warum auf "die Nutzung der Kernenergie verzichtet" werden sollte.

Doch Programme und Sonntagsreden wie am Tschernobyltag haben eine lange Weile. Wenn sie in die Niederungen der Realpolitik hinabsteigen, sind die Parteien eingebunden in den Druck der Wirtschaft und ihrer Klientel aus den Gewerkschaften (bei der SPD), und /oder der Regierungsverantwortung ihrer rot-grünen Koalition bzw der Technolgiebejahung ihrer WählerInnen (so bei der PDS).

In Greifswald, auf dem Gelände des ehemals größten AKW's der DDR, wird ein großes Zwischenlager gebaut und dort soll möglichst der erste EPR-Reaktor gebaut werden, geht es nach dem Willen der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Höchst pikant dabei ist, daß der Vorsitzende der SPD Ringsdorff schon die Möglichkeit einer Koalition mit der PDS ins Gespräch bringt. Die PDS vor Ort bejaht das neue Atomzentrum bei Greifswald. Die Halbwertzeit der Ausstiegsbeteuerung vieler

Kameradschaftsabenden avancieren oder sofort aus tiefster Überzeugung mit ihrer Klientel eine Sprache sprechen. Doch damit ist die Lobby für die Nazis im Osten alles andere als vollständig. Wird nur ein bißchen im braunen Sumpf gestochert, so stellen sich öffentliche Meinung, Kommunalverwaltung und -politik vor „ihre Jugendlichen" und bilden eine fast unüberwindliche Phalanx gegen antifaschistisches Engagement. Die positive Einstellung der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit gegenüber den deutschen Sekundärtugenden und der rassistische Konsens tun ein übriges im Zusammenspiel einer sich als Avantgarde gebärdenden Nazijugendkultur mit ihrer Elterngeneration, die ihr an Radikalität nur nachsteht, wenn es darum geht, selbst gewalttätig das eigene Weltbild praktisch umzusetzen. Ergebnis dieses Prozesses ist eine Realität, in der das offensichtliche Nazisein so normal ist wie der Erwerb von Südfrüchten im Supermarkt. Diese Art der Normalisierung beschränkt sich natürlich keinesfalls auf die breite Akzeptanz gegenüber den äußerlichen Codes der Nazis, sondern nach und nach werden die Elemente der Naziweltanschauung zum Alltagswissen.

Bei soviel Fürsorge gedeihen die braunen Zonen prächtig. Der Ort, wo sich gestern Punks und MigrantInnen noch relativ geduldet fühlten, ist vielleicht schon morgen für sie tabu. Der gehört den Rechten, heißt das dann. Wurzen, Guben, Schwedt, Hoyerswerda - kein Kommentar. Magdeburg-Olvenstedt, Leipzig-Grünau, Berlin-Lichtenberg.... die Liste ließe sich mit fast jeder Gemeinde und jedem Stadtteil im Osten ergänzen. Und auch dann noch wäre sie unvollständig, denn mit den braunen Zonen scheint der Osten endlich wieder mal einen originären und beliebten Exportschlager zu haben. In der bayrischen Provinz oder in der Abgeschiedenheit des westdeutschen Nordens ist die rechte Alltagskultur nicht unbedingt ein Newcomer, aber immer mehr lassen sich im Westen auch „ostdeutsche" Zustände beobachten. Und eines ist jetzt schon klar, klopfen Nazis an die Türen westdeutscher SozialarbeiterInnen, so werden diese genauso problemlos aufgestoßen wie im Osten, ist doch die Grundlage sozialarbeiterischen Umgangs in Ost und West völlig identisch. Was gleich die Frage nach sich zieht, an welchen Stellen der zivilisatorische Schutz westlicher Demokratie- und Kulturerfahrungen vor einem Erfolg der Nazibewegung in ähnlicher Weise ein Mythos ist, der sich in naher Zukunft als überholt erweisen wird. Wachsender Alltagsrassismus, die „Normalisierung" Deutschlands und zunehmende antiwestliche Ressentiments weisen in diese Richtung.

Trübe Aussichten. Es scheint so, als bliebe nur die Frage zu klären, in welcher Art und Weise sich die Rechtsentwicklung fortsetzt. Erringen die Nazis bundesweit die kulturelle Hegemonie, oder stellen sie nicht viel mehr als eine gefährliche, aber funktionalisierbare Legitimationsgrundlage für die Rechtsentwicklung des bundesdeutschen Politikmainstreams dar?

Postbananische Zustände

Verstärkerkongreß

Vom 22.-24. Oktober findet in Leipzig ein Kongreß zu den Themenkomplexen Nazidominanz in öffentlichen Räumen, kulturelle Hegemonie und Möglichkeiten linksradikaler und antifaschistischer Strategien statt. Organisiert vom Bündnis gegen Rechts (Leipzig) richtet er sich bundesweit an linksradikale Zusammenhänge und Antifa-Gruppen.

Wir wollen nicht unken. Bei der Antifa geht wenigstens noch was. Aber geht es gut?
Der eine oder andere Aufmarsch der Nazis ging aufgrund der Gegenmobilisierung gründlich in die Hosen. Nun ja, verhindert wurde keiner so richtig, aber wenn er nicht mit Verweis auf das Antifa-Potential verboten wurde, so wirkte wenigstens der Publicity-Effekt für die Nazis wie ein Bumerang. Hinter Schlagzeilen von „Chaoten, Randale und Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten" erkannte die angestrebte Massenbasis nicht die disziplinierte Ordnungsmacht. Wenn die NPD gerade an dieser Frage zerbrechen sollte, dann könnte sich die Antifa einen schönen Erfolg ans Revers heften. Die rechte Alltagskultur ist aber leider damit kaum weniger dominant, reproduziert sie sich doch unabhängig von Parteistrukturen in Cliquen, auf der Straße, bei Nazi-Rock-Konzerten und in der Schule. Und schon sieht es mit dem Einfluß der Antifa mau aus. Und völlig in den Sternen steht ihre gesellschaftliche Relevanz angesichts solcher Ausformungen der Nach-Rechts-Entwicklung wie dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, der rassistischen Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder der antisemitischen Walser-Rede....
Die Gesellschaft ist schuld, natürlich. Und die hat sich ganz schön geändert. Dies meint nicht nur, daß der Kapitalismus in Ausformung und Ideologie wieder mehr zu sich selbst findet - auch das spielt eine Rolle, wobei zu klären ist, welche. Augenscheinlicher ist, daß die Linksradikalen und mit ihnen ihr heute noch einzig wahrnehmbarer Teil - die Antifas - ihre Attraktivität und Dynamik als „Bewegung" eingebüßt haben. Auf diese Feststellung wird meist geantwortet, daß mit dem Ende des Realsozialismus auch jede linke Alternative, jede

Der Kapitalismus soll in "Unserem" Deutschland einen Ökokapitalismus transformiert werden, die damit verbundenen einhergehenden Strukturveränderungen mit neuen Massenentlassungen und Umverteilungskämpfen werden aber von den Wuppertalern nicht thematisiert. Stattdessen wird das Allheilmittel in der Ökosteuer gesehen.

Ob und wie das überhaupt gehen soll, "ganzheitliches Denken" dem Kapital beizubringen, diese spannende Frage wird ausgeklammert.

Weltweit 400 Atommeiler wollen erneuert werden, große Absatzmärkte warten im ostasiatischen Raum, ein riesiges Geschäft für Siemens, Westinghouse, Framatome, Mitsubishi. Die Atommafia ist kein nationales Problem.
In den Vorstandsetagen der deutschen Stromkonzerne werden derzeit verschiedene Geschäftsperspektiven entwickelt: Einerseits engagieren sich die großen wie VEBA und RWE mit milliardenschweren Investitionen im Bereich Telekommunikation, andererseits tobt der Streit zwischen den Stromkonzernen über die Frage, ob nach dem Ende der alten Atomreaktoren überhaupt noch eine neue Generation von Reaktoren benötigt wird, wie dem von Siemens und Framatome geplanten 'noch sichereren' EPR-Reaktor. Einige Bosse spielen neuerdings mit dem Gedanken, die Atomkraft nach 2010 gänzlich fallen zu lassen, einfach weil andere, konventionelle Kraftwerke dann profitabler sind. Doch der Streit ist noch nicht ausgestanden, zumal dabei auch noch der Siemenskonzern ein Wörtchen mitreden dürfte

nur in diesem Land und hat doch wenig mit dem hiesigen Anti-AKW-Kampf zu tun.
Fast genauso ausgeblendet unter uns ist die Frage, welche Art von Gütern da eigentlich hergestellt wird, wem da Bedürfnisse eingeredet werden und wer daran verdient.

Es ist zwar richtig, wenn manche sagen, daß die Erde genug Ressourcen hat, damit es allen gut gehen kann. Aber daraus zu folgern, daß alles nur ein mehr oder weniger großes Verteilungsproblem sei, ignoriert, daß es zum Wesen der marktwirtschaftlichen Demokratien gehört, Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Sonst funktioniert dieses System nämlich nicht.

Wieviele Ressourcen werden in der Gen- und Biotechnologie dafür aufgewendet, am menschlichen Erbgut zu manipulieren, Pflanzen und Tieren profitabler zu verwerten.
Mit welcher geballten Herrschaftsgewalt wird zur Zeit die Abschottung des reichen Europas vor Flüchtlingen durchgesetzt, die brutalste Abgrenzung vor den Menschen, die hierher kommen, wo der Ursprung ihrer Armut liegt.
Das seit dem Ende des Realen Sozialismus sich noch schneller drehende Karussell der Globalisierung schleudert immer mehr Menschen auch auf der nördlichen Halbkugel in die Armut und beschert dem internationalen Großkapital immer neue Gewinnrekorde. Die Nationalstaaten bauen in gegenseitigen Wettlauf erkämpfte soziale Rechte ab. Die Skrupellosigkeit der Politik für die Rei



Zentralisierung von Macht und Energie in den Metropolen, ein Ende der Unterdrückung und ein Überleben der Weltbevölkerung in Würde nicht möglich ist. Darüberhinaus wäre ein völlig neues Verständnis der Rolle von Wissenschaft und Technologie von Nöten. Die vorherrschende "objektive" Naturwissenschaft hat sich in Europa von Beginn an in den Dienst der (männlichen) Herrschaft gestellt und sie legitimiert. 'Das entfremdete Verhältnisses des Menschen zu sich *und* zur Natur auflösen' - diese Maxime muß mehr in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden.

Ein energiepolitisch schlüssiges oder gar gesamtgesellschaftliches Konzept, um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, haben wir nicht, zumal wir auch selbst an vielen Punkten ein Teil dieser gesellschaftlichen Verhältnissen sind - mitten drin stecken. Problematisch sehen wir in diesem Zusammenhang unsere eigene widersprüchliche Realität - unsere Krise zwischen radikaler Kritik und realer Konzeptlosigkeit. Ein schlechtes Konzept wie die Wuppertaler Studie wird deshalb aber für uns noch nicht zu einem gangbaren Weg!

Wir denken, daß wir die Gesellschaftsstruktur nur verändern können, indem wir den Geist des Widerstandes bewahren: "Eine Chance zur Veränderung haben wir nur da, wo wir uns als Teil einer offenen Kollektivität begreifen, die sowohl im gesellschaftlichen Raum als auch un-

Wir schlagen vor...

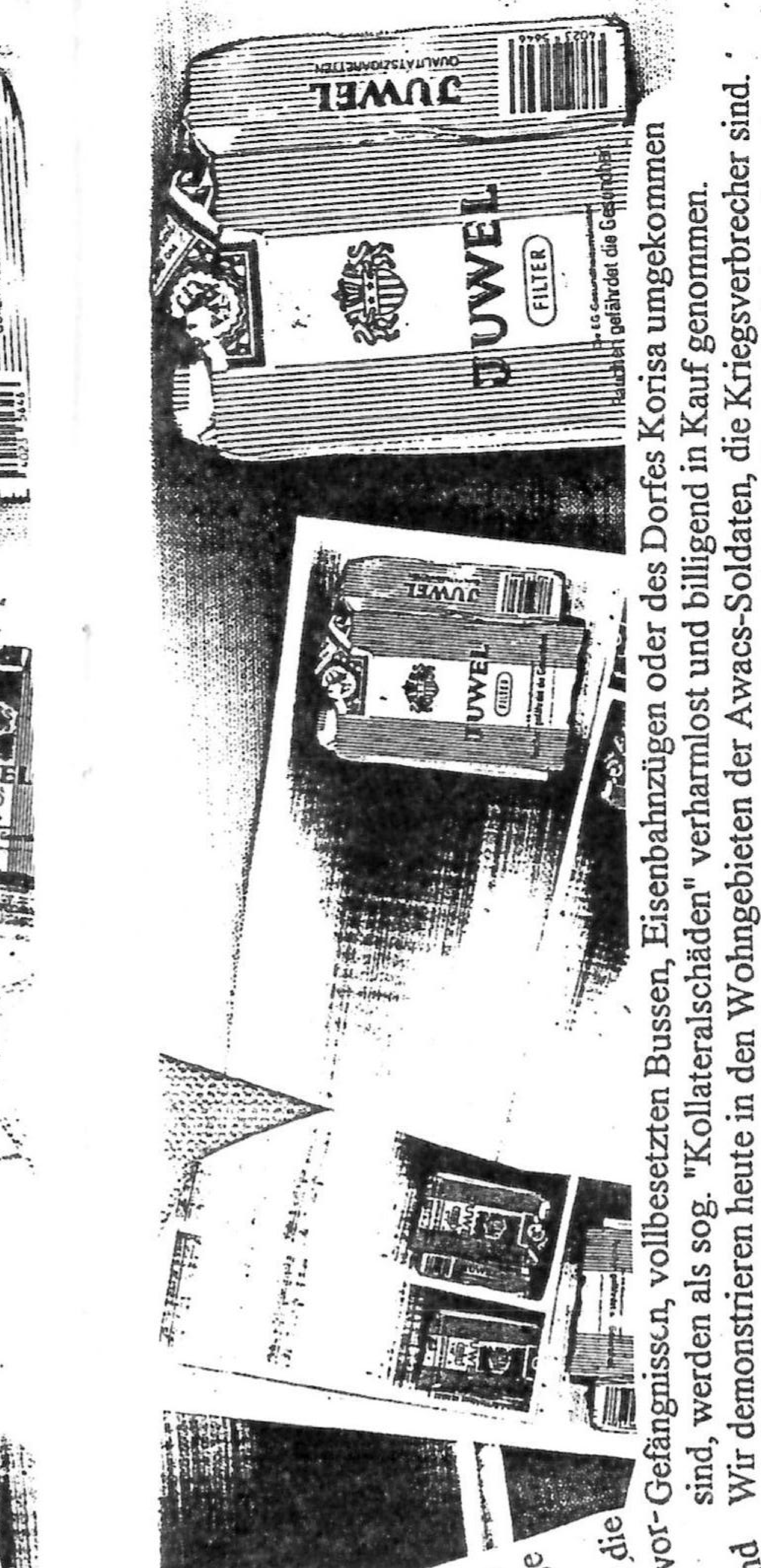
...in nächster Zeit nach einem eigenen Rythmus die Sabotage auf die Bahn zu konzentrieren, um damit im Vorfeld die Mobilisierungen zum Tag X gegen den Castor im Wendland zu unterstützen und am Castor die Atomfrage zuzuspitzen. Vorsorglich empfehlen wir der DB auf den Druck des folgenden Winter- und Sommerfahrplans zu verzichten. Wäre ja deprimierend, die häufigen Änderungen...

Wir haben mit dieser Aktion einen konkreten Schaden angerichtet, um die Bahn AG damit unter Druck zu setzen und so die Castor-Transporte zu stoppen. Der politische Schaden wird größer sein als der materielle, denn wir wissen, daß tausende von AtomkraftgegnerInnen mit uns lachen werden.

Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden.

WANN WENN NICHT JETZT?

"Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, wo ganz unten das Flugblattverteilen steht und ganz oben die bewaffnete Aktion." Dieser Satz der Revolutionären Zellen von 1980 zum Anti-AKW Kampf hat nichts an Gültigkeit verloren.



vor-Gefängnissen, vollbesetzten Bussen, Eisenbahnzügen oder des Dorfes Korisa umgekommen sind, werden als sog. "Kollateralschäden" verharmlost und billigend in Kauf genommen.

Wir demonstrieren heute in den Wohngebieten der Awacs-Soldaten, die Kriegsverbrecher sind. In ihren multinationalen Mörderteams exekutieren sie die neue Nato-Strategie, jederzeit und überall auf der Welt die Interessen der Mitgliedsstaaten durchzubomben. Die 50 Jahre Nato sind eine Blutspur, die sich von Korea, Cuba, Vietnam, von Portugal, Griechenland bis in die Türkei zieht, wo in den letzten Jahren Zehntausende von KurdInnen mit Nato-Waffen ermordet wurden. Kein Folterstaat in Latein- und Mittelamerika, der nicht von den NATO-Staaten hofiert, finanziert und gestützt wurde. Die Tradition der deutschen Bundeswehr brauchen wir hier nicht gesondert aufzuführen. Nur soviel: Vor 58 Jahren, am 6. April 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien. Am Ende der Operation "Strafgericht", wie die Nazis ihren Angriffskrieg nannten, starben auf der jugoslawischen Seite über 1,7 Millionen Menschen, zehntausende wurden zu Zwangsarbeit oder in Vernichtungslager verschleppt. Wir grüßen mit unserer Aktion die Überlebenden, insbesondere die Menschen aus den Partisanenverbänden, denen es gelang Jugoslawien von der Nazibarbarei zu befreien. Sie sollen wissen, das nicht alle in Deutschland dem Krieg zustimmen.

Militanter Widerstand gegen die Kriegsmaschinerie und die Mörder in Uniform ist heute notwendiger denn je und er hat eine lange Geschichte. Es hat seit dem Vietnam-Krieg immer wieder militante Angriffe gegen die Nato-Infrastruktur gegeben. Sprengstoffanschläge auf Nato-Einrichtungen, Sabotage und Demolierung von Raketen, Munitionstransporten und Nato-Pipelines, und das Benennen von Kriegstreibern und den Mitverantwortlichen der mörderischen Kriegsmaschinerie.

Es sind immer noch konkrete Menschen, Soldaten, Techniker, Ingenieure, Computerspezialisten, die hier durch ihr Mitmachen in der Kriegsmaschine für den Mord an jugoslawischen ZivilistInnen und für die totalen Zerstörung ihrer Lebensgrundlage verantwortlich sind.

Laßt den Mördern in Uniform keine Ruhe!
Zuhause in ihren Wohngebieten, bei ihren Familien, bei ihrer Arbeit und an den Kriegsschauplätzen! Sie sollen wissen: Nichts und Niemand ist vergessen!

Autonome Gruppen aus dem Bergischen Land 30.5.99

P.S. Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder keine Frage!
Wir schlagen hiermit eine bundesweite Blockade der Awacs-Nato-Airbase in Geilenkirchen vor. Eine Einladung für ein bundesweites Vorbereitungstreffen folgt...

Offener Brief an die Antifaschistische Aktion Berlin, für die AABO

Reaktion auf eueren Beitrag zur Nachbereitung der Anti-EU-Demonstration am 29. Mai 1999 in Köln., aus der Interim Nr. 479

Liebe Leute der AAB !!

Entgegen eurer wundervollen und wunderschön heroischen Selbstdarstellung über euch ach so tollen Antifas der AABO und euren ach so tollen Block hier mal einige , nicht mehr wenige, sondern gleich mehrere Kritikpunkte an euch als Organisatoren und dem Verhalten des Blockes und der Demo im allgemeinen. Kritik an Punkten, die unserer Einschätzung und auch unseren Wissen nach vielen Menschen, woher auch immer, auffielen und kritisiert wurden, nur von euch nicht. (Naja, wer sich selbst gerne feiert, wird vielleicht schneller überheblich ?)

Erst mal vorweg, wir wissen das es verdammt viel Arbeit ist so einen Block zu organisieren und auf die Beine zu stellen. Das meinen wir in finanzieller sowie organisatorischer Sicht.
Diesen Abschnitt der Demo, die Demovorbereitung wollen wir nicht ansprechen, weil wir uns nicht schwerpunktmässig daran beteiligt haben, und es uns aus diesem Grunde nicht zusteht daran nörgeln, auch wenn Mensch einiges hätte anders machen können.

Um konkret zu werden :

... ***"Er war vorbildlich geschlossen und vom Auftreten her eine Besonderheit auf der Demo"***
Vorbildlich geschlossen waren vielleicht die ersten beiden Drittel, aber das letzte Drittel, also hinten am Ende war bis auf einige wenige geschlossene Ketten mit Transparenten fast gar nicht geschlossen, und der Ordner, der Mensch mit der tollen Armbinde (war der von euch ?) gab in einem ziemlichen dreisten Ton Anweisungen, welche eher dazu beitrugen das es noch chaotischer wurde, im weiteren war der Mensch mehr mit seinen Funkgerät beschäftigt als mit dem geschehen vor Ort.
Wir verstehen, daß es auf so einer Demo OrdnerInnen geben muß, wir verstehen auch das diese Menschen, da sie eventuell teilweise mehr Überblick haben (z.B. durch Funk), trotzdem sind wir nicht alle dumm, nur weil wir nicht in der ABBO sind, oder deren Kleidungsstiel nicht entsprechen, so wurde es von diesem tollen Ordner nämlich „ausgedrückt".

schen in diesem Land gibt, die dazu bereit sind, haben wir im Wendland endlich wieder gesehen.
Wenn Tausende wie im Wendland erklären, "eure Gesetze befolgen wir nicht mehr", hat das politische Wirkung, wenn sich diese Leute dann auch aktiv zur Wehr setzen.

Leider ist bei dem aufgeplusterten Gehabe von manchen Autonomen von dieser Achtung gegenüber "gewaltfreiem Widerstand" wenig zu merken. An dieser Stelle kritisieren wir Teile der BI Lüchow-Dannenberg, die nach dem Tag X2 die militanten Aktionen agents provocateurs der Bullen zuordneten. Sie unterstützten damit die Medienkampagne, dem militanten Widerstand jegliche Legitimität abzusprechen. Dies finden wir nicht gerade nützlich. Aus Angst vor der Stärke und zeitweilig sich immer wieder herstellenden Einigkeit der Anti-AkW-Bewegung lauern unsere Gegner immer auf Möglichkeiten der Spaltung und Befriedung.

We can get it if we really want

Wir sind ein Haufen Menschen, die sich entschlossen haben, ihre Würde zu erkämpfen. Und da die Mächtigen weder auf Argumente noch Proteste hören, außer wenn große Teile der Bevölkerung ihre Loyalität aufkündigen, müssen wir die Sprache sprechen, die sie verstehen. Und das ist eben die des Widerstandes und der direkten Aktion.

Wir sehen ganz viel Scheiße um uns herum und sind


Wenn wir nüchtern unseren gesellschaftlichen Einfluß betrachten, dann müssen wir feststellen, daß dieser gering ist und wir öfter mal "objektiv" in die Rolle hineinrutschen, der "militante Arm" der ReformpolitikerInnen, v.a. der der Grünen, zu sein. Auch wenn wir das "subjektiv" nie sein wollten und dies per Deklaration radikaler, revolutionärer Sichtweisen in unseren Papieren hinzufügten.
Trotz der eigenen Umzulänglichkeiten und der immer wiederkehrenden Gefahr vereinnahmt zu werden, gilt es, die eigene Sprache nicht zu verlieren. Unsere Sprache, auch wenn wir sie uns immer wieder erkämpfen müssen, ist die, der Zärtlichkeit und Solidarität untereinander und der Entschlossenheit im Kampf für eine menschliche Welt.

Zu hohl und abgedroschen?

Dann anders:

"Autonome" zu sein, heißt für uns

- eine Vielfältigkeit der Mittel, daß wir unsere Aktionsformen sehr unterschiedlich auswählen, je nachdem was angesagt ist, was uns Spaß macht, was wir uns zutrauen, was unseren Wertmaßstäben entspricht, was andere um uns herum tun, was eine Bewegung von Widerständigen stärkt, was die Herrschenden verunsichert, ihren Plänen vielleicht sogar Einhalt gebietet, was ihre Schwächen zeigt wie auch ihre aufgeblasene Lächerlichkeit



wir haben in der nacht auf den 24. juni 99 versucht, die wehrbereichsverwaltung VII in berlin treptow mit einigen brandsätzen anzugreifen, sind aber bedauerlicherweise trotz heftiger arbeit an der scheiß sicherheitsverglasung gescheitert.

die luftangriffe der nato auf die br jugoslawien sind vorbei - der krieg ist es nicht. nach wochenlangem bombardement ist die bundeswehr nun besatzungsmacht auf dem balkan. die 8500 bundeswehrsoldaten erfüllen ihren auftrag: mord!

der blutige krieg in jugoslawien wird von den kriegstreiberInnen immer wieder durch angeblich humanitäre absichten legitimiert. wie sehr ihnen die flüchtlinge am herzen liegen, zeigen die verschlossenen grenzen und die rigorose flüchtlingspolitik. bei der geringen anzahl der aufgenommenen flüchtlinge und dem verbot durch innenminister schily, bei verwandten in der brd unterzukommen, werden ihre propagandalügen deutlich.

die zynisch als kollateralschaden bezeichneten, bei den luftangriffen ermordeten menschen, über tausend ermordete zivilisten, ein gnadenlos zusammengebombter flüchtlingstrek sind blutige zeichen dafür, daß menschenrechte nur dann wichtig sind, wenn sie den machtinteressen der herrscherInnen der neuen weltordnung nützlich sind.

wir wollen uns an dieser stelle keinesfalls mit dem nationalistischen jugoslawischen regime solidarisieren. die politik der brd auf dem ... für uns nicht tatenlos hinnehmbar. das vorprechen ... und sloweniens im dezember 1991 ... interesse

4./5.6.: Anti-EU-Kongreß. Rund 200 TeilnehmerInnen, kaum ausländische Gäste (einige wenige bei der AG politische Gefangene aus Italien und Griechenland, u.a.). Veranstaltet wurde der Gegenkongreß von ÖkoLi, Gruppe Perspektive Bremen und Rote Hilfe. Ein Antinationales Forum fand auf der anderen Rheinseite statt und verzeichnete am meisten TeilnehmerInnen (etwa 150).
4.6. Aktion vor dem Max-Planck-Institut, ein Gentechnik-Forschungszentrum. Der Direktor lud die AktivistInnen, darunter auch VertreterInnen der Interkontinentalen Karawane zum Gespräch ein.

5.6.: Innenstadtaktionstag: Polizeikessel in der Einkaufsmeile, zahlreiche Platzverweise und Verhaftungen; FrauenLesbendemo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss, etwa 200 Teilnehmerinnen. Bullenstreß, die FrauenLesben hatten Seifenblasen dabei

9./10.6. G8-Außenministertagung

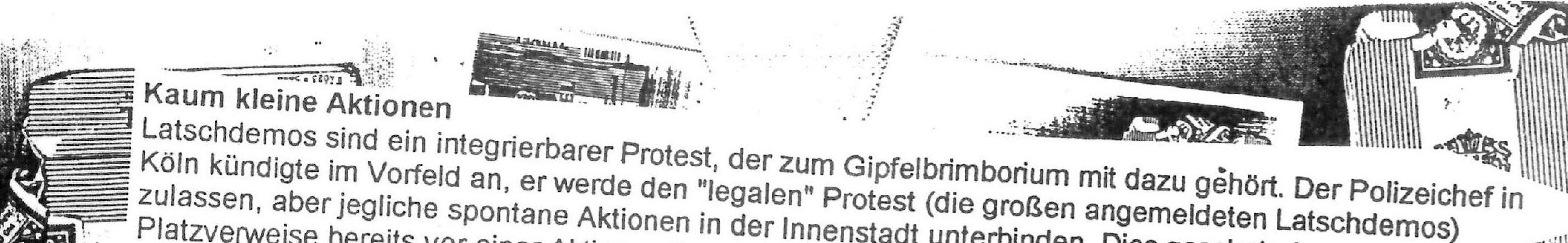
12.6. Gemischte Demo in Neuss gegen den Frauenabschiebknast, etwa 2500 Leute

15.-20.6. Interkontinentales Kultur- und Widerstandscamp in den Riehler Rheinauen, insgesamt rund 700 TeilnehmerInnen

15.6.: Grüne ließen Flüchtlinge räumen. Am Tag nach den Europawahlen stellten die Kölner Grünen den Räumungsantrag gegen die Hungerstreikenden in ihrem Büro. Die Polizei kam gegen 9 Uhr morgens und nahmen sämtliche Flüchtlinge mit zum Polizeihauptquartier und ließ sie abends wieder frei. Für den 15.6. war um 11 Uhr eine Pressekonferenz über Alex Alayo Chavez angesetzt. Alex wurde am 8.6. auf dem Weg zu einem Treffen verhaftet und in den Abschiebeknast Büren gebracht. Nachmittags gab es eine kurze Solibesetzung des Grünen-Büros der Kölner Ratsfraktion mit der Forderung, die Strafanträge zurückzunehmen. Am 15.6. abends wurde die Geschäftsstelle der Grünen in Aachen mit Steinen und Farbe aufgesucht.

16.6. Veranstaltung "Alternativen zur Globalisierung" (Komitee gegen das MAI und andere) und Anhörung des NRO-Frauenforum "Callgirls des globalen Marktes"

... eine Bullenhotline wurde gestört. ... AktivistInnen



Kaum kleine Aktionen
Latschdemos sind ein integrierbarer Protest, der zum Gipfelbrimborium mit dazu gehört. Der Polizeichef in Köln kündigte im Vorfeld an, er werde den "legalen" Protest (die großen angemeldeten Latschdemos) zulassen, aber jegliche spontane Aktionen in der Innenstadt unterbinden. Dies geschah rigoros: Es hagelte Platzverweise bereits vor einer Aktion, mitunter schon wenn sich einzelne Leute auf der Domplatte in Köln versammelt haben. Bei Verstoß gegen Platzverweise wurden die Menschen verhaftet und in die Gefangenensammelstelle nach Brühl (zwischen Köln und Bonn) gebracht, teilweise auch einige zufällig anwesende TouristInnen.

Es kam auch zu fast keinen nennenswerten Störaktionen, den Regierungsvertretern dürften die Proteste kaum aufgefallen sein. Die Kölner Polizei mußte sich jedoch von zwei Briefen distanzieren: die BewohnerInnen von Köln-Deutz wurden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen, und AutobesitzerInnen fanden Hinweise daß ihre Fahrzeuge erkennungsdienstlich erfaßt seien und sie eine Polizei-Hotline anrufen müßten.

Eine ganze Palette von verschiedenen Aktivitäten
Dennoch lief eigentlich viel in Köln, aber vieles nebeneinander her: 3 Großdemos, eine Menschenkette, 3 Alternativ- oder Gegenkongresse, 2 Camps, 2 Karawanen, ein internationaler Aktionstag, ein Hungerstreik, eine GipfelstörerInnen-Zeitung und unzählige Veranstaltungen und Vorbereitungstreffen. Es gab zwei Bündnisse (bundesweites linksradikales Plenum und das breitere Bündnis Köln 99) sowie mehrere Plenen (FrauenLesben-Plenum gegen die Gipfel, das Infopoints-Treffen rund um den Infoladen Köln, usw.).

Eine ausgewählte Liste von Gegenaktionen

28.5.-2.6.99: EU-Alternativgipfel. Parlament der Erwerbslosen, 2.6. Verteilung von Flugblättern vor dem Arbeitsamt. 30.5.: ChemieKreis: Workshop; ganztägiges Treffen von antirassistischen Gruppen

29.5.: Holländischer Nulltarif-Zug an der Grenze in Emmerich gestoppt. Außerdem weitere Nulltarifaktionen, z.B. aus Frankreich

29.5.: Demo der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützter Beschäft[illegible] und Krieg. 35000 TeilnehmerInnen [illegible]

Deutschland wiedergutgelobt

Die Bundeswehr wird am 20. Juli 1999 in Berlin ein öffentliches Gelöbnis am Bendlerblock durchführen. Nach den Worten von Kriegsminister Scharping steht die Bundeswehr in der „Tradition des militärischen Widerstandes" der Wehrmacht.

Am 20. Juli 1944 hatten Wehrmachtsoffiziere vom Bendlerblock aus - dem damaligen Oberkommando der Wehrmacht - einen Putschversuch gegen Hitler unternommen. Das Attentat sollte der Nachwelt zeigen, daß es in Deutschland auch „Gerechte" gab. Der Mythos vom „Aufstand des Gewissens" sollte vor allem die Ehre der deutschen Nation retten.

Die Attentäter hatten jahrelang ein mörderisches System mitgetragen. Was sie an den Nazis am meisten störte, war, daß sie den Krieg verloren. Die Putschoffiziere und ihre bürgerlichen Verbündeten stammten zum Großteil aus demokratiefeindlichen und völkisch-autoritären Parteien und Verbänden. Der als Regierungschef vorgesehene Carl Goerdeler war vor 1933 Funktionsträger der antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die an der Machtübertragung an Hitler maßgeblich beteiligt war. Das Regierungsprogramm der Attentäter sah nicht einmal einen sofortigen Waffenstillstand vor. Nach wie vor sollte das Deutsche Reich „verteidigt" werden.

Dieser „Widerstand" von rechts oben wird in der BRD zur Traditionsbildung benutzt und soll der Bundeswehr die Möglichkeit geben, sich auf „ehrenhafte" Teile der Wehrmacht zu berufen. Selbst hiergegen gibt es Widerstand in der Bundeswehr. Noch immer tragen Dutzende von Kasernen die Namen von Hitleroffizieren, noch immer wird in Traditionsräumen die Wehrmacht glorifiziert.

Mit dem Gelöbnis versucht die Bundesregierung, das Geschichtsbild der Truppe zu modernisieren. Der

PROZESS-INFO BERLIN Nr. 1 / 28.6.99

SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR DIE KURDISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN BERLIN
Yorckstr. 59, 10965 Berlin,
Tel.: 030 / 788 999-01, Fax: -02, e-mail: sol@zelator.berlinet.de
oder Tel./Fax: 030 / 613 056 22 (Informationsstelle Kurdistan e.V., Di. - Do. 12 -18 Uhr)
Spendenkonto: Rechtshilfeverein AZADI e.V., Ökobank Ffm, BLZ 500 901 00,
Kto. Nr. 54 00 279, Stichwort "Berlin"

Am 2. Juli beginnt vor dem Landgericht Berlin der vierte Prozeß gegen einen der Angeklagten im Zusammenhang mit der Protestaktion am israelischen Generalkonsulat am 17. Februar. Ihm werden gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

In den ersten beiden Prozessen vor dem Jugendgericht konnten die Vorwürfe des schweren Landfriedensbruchs nicht aufrechterhalten werden. Der erste Angeklagte ist wegen einfachen Hausfriedensbruchs, der zweite wegen einfachen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu jeweils 4 Wochen Jugendarrest verurteilt worden. Beide waren fast 3 Monate in Untersuchungshaft - Haftentschädigung wurde nicht gezahlt.

Der dritte Prozeß in dieser Reihe, der Mitte Juni vor dem Landgericht stattfand, platzte am zweiten Tag. Angeklagt war M. K.; er

Staatsanwalt akzeptiert wurde, fehlenden (entscheidenden?) Sekunden auf dem gezeigten Polizeivideo, Widersprüchen bei den Zeugenaussagen und diversen Urlaubsplänen bei den Verfahrensbeteiligten wurde das Verfahren ohne neuen Termin vertagt. M. K. bleibt trotz aller Widersprüche in Untersuchungshaft - wo er schon seit vier Monaten sitzt, ohne daß die üblichen Kriterien für "Fluchtgefahr" erfüllt wären: Er lebt seit vielen Jahren in Deutschland, hat Familie und - noch - eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Nun droht ihm wie vielen anderen die Abschiebung. Dabei stellten etliche Widersprüche schon am ersten Verhandlungstag den "dringenden Tatverdacht" in Frage.

M. K. habe das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, unabhängig davon, ob er den Polizisten bei den „Krawallen“ in der Nähe der israelischen Botschaft mit der Eisenstange

Das SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR DIE KURDISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN

Freitag, 9. Juli 199

Gegen Militärgelöbnis

Besetzung in Berlin

Berlin (epd/ND). Aus Protest gegen das am 20. Juli im Bendlerblock geplante Gelöbnis haben Mitglieder des Büros für antimilitaristische Maßnahmen am Donnerstag zeitweise das Kreiswehrersatzamt Berlin besetzt. Bei dem Bundeswehrgelöbnis handele es sich um ein »militärisches Spektakel«, mit dem die Beteiligung der Bundeswehr am Angriffskrieg gegen Jugoslawien nachträglich schöngefärbt werden soll, teilte das Büro nach der Besetzung in Berlin mit. In Jugoslawien sei jedoch kein Frieden geschaffen worden. Durch den Militäreinsatz seien die Konflikte nicht bewältigt, sondern geschürt worden. Mit der angekündigten Aufstockung der Krisenreaktionskräfte werde der nächste Krieg mit

A-INFO JULI '99
SUBVERSIVES FÜR FREIBERG & UMGEBUNG
AKTIVIST DES MONATS

A-Info
c/o AZ Barrikade
Münzbachtal 118
09599 Freiberg

infoLaden Freiberg!
Bücher - Zeitschriften
at AZ Barrikade
mo & do 20-22.00

ANTIRASSISTISCHE DEMONSTRATION
AM 31.7.`99 IN FREIBERG

Am 30.Juli 1998 verstarben bei einem Unfall in Weißenborn (b. Freiberg) sieben Flüchtlinge, die auf der Flucht vor den Verhältnissen im Kosovo in der BRD eine sichere Bleibe suchen wollten. 21 weitere Flüchtlinge wurden bei dem Unfall z.T. schwer verletzt, der sich nach einer kilometerlangen Verfolgungsjagd durch den BGS ereignete, als der Transporter gegen eine Mauer prallte.
Viele der Verletzten wurden wenige Tage später durch den BGS wieder abgeschoben, ohne daß sie die Gelegenheit gehabt hätten, Asyl zu beantragen. Dies wurde damit begründet, daß sie über ein „sicheres Drittland" (Tschech.Republik) und zudem „illegal" eingereist wären. Viele der extra angereisten Verwandten durften die Verletzten nicht einmal im Freiberger Krankenhaus besuchen!
Ende Januar`99 wurden die beiden tschechischen Fahrer des Fluchtfahrzeuges vom Chemnitzer Landgericht wegen 7-facher fahrlässiger Tötung, 21-facher fahrlässiger Körperverletzung und „illegaler Einschleusung von Ausländern" zu jeweils 4 Jahren Knast verurteilt, obwohl nachgewiesen wurde, daß sie keine professionellen Fluchthelfer waren!
Diese an Zynismus und Brutalität kaum noch zu übertreffende EU- Abschottungs- und Grenzpolitik wird an den EU-Außengrenzen der BRD vom Bundesgrenzschutz (BGS) durchgesetzt, der in einer sog. „inneren Sicherheitszone", die mittlerweile 30-50 km ins Landesinnere reicht und sämtliche Bundesstraßen, Flughäfen und Bahnhöfe umfasst, mit weitreichenden Befugnissen als paramilitärische Truppe agiert. Der BGS beschäftigt z.Zt. ca. 38 000 Polizeibeamte mit einem Etat von 2,4 Mrd. Mark. In der Sicherheitszone darf der BGS seit 1994 verdachtsunabhängige Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen durchführen, Telefone abhören und verdeckte Ermittler einsetzen. Darüber hinaus darf der BGS im Rahmen der sog. Schleierfahndung Durchgangsstraßen, Autobahnen und als Zugbegleiter Menschen kontrollieren. Auch außerhalb des Grenzgebietes kann der BGS je nach belieben eingesetzt werden und bestimmte Gegenden zum „Grenzgebiet" deklariert werden. TaxifahrerInnen, FahrzeugverleiherInnen werden als gesamte Berufsgruppen kriminalisiert und zur Mitarbeit bei der Fahndung nach sog. „Illegalen" gezwungen (mehrere TaxifahrerInnen aus Zittau, Bautzen, Görlitz und Berlin sitzen bereits Haftstrafen ab oder haben Gerichtsprozesse wegen „illegaler Ein-Schleusung"). Seit kurzem werden auch ForstmitarbeiterInnen in Grenzschutzaufgaben einbezogen, um die Erfolgsquote" beim Aufgreifen der Flüchtlinge zu erhöhen. (Erst kürzlich wurden von MitarbeiterInnen des Olbernhauer Forstamtes 21 „illegal eingereiste Flüchtlinge" denunziert und kurz darauf vom BGS im Wald bei Zöblitz/Erzgeb. „auf frischer Tat ertappt"; Freie Presse, 8.6.99, „Grünröcke gemeinsam auf Verbrecherjagd").
Diese repressive Praxis wird mittels Medienkampagnen gerechtfertigt, um die Denunziationsbereitschaft in den Grenzgebieten zu erhöhen. Dort ruft diese Politik ein rassistisches Klima hervor, welches sich in einer Angriffsstimmung gegen die MigrantInnen auswirkt. Erst am 20.4.99 wurde in Frei-

Insgesamt 229 KurdInnen waren am 17. Februar, dem Tag der Protestaktion am israelischen Generalkonsulat, in Berlin festgenommen worden. Gegen mindestens 140 Personen läuft ein Ermittlungsverfahren. Trotz anderslautender Angaben befinden sich nach unserer Kenntnis immer noch zwölf Kurden in Untersuchungshaft.

Schon die erste Reaktion von Schily & Co. nach den Protestaktionen im Februar war die Ankündigung sofortiger und verstärkter Abschiebungen.

Dementsprechend wurden parallel zu den Ermittlungs- und Strafverfahren die Daten aller erfaßten KurdInnen vom Landeskriminalamt an die Ausländerbehörde gegeben. Die Behörde versendet seitdem Briefe, in denen eine Anhörung zur Ausweisung angekündigt wird - unabhängig vom bisherigen Aufenthaltsstatus und von der zu erwartenden Strafe. Begründet werden die Ausweisungsankündigungen außer mit der „Beeinträchtigung der Interessen der BRD" auch folgendermaßen: "Zudem ist davon auszugehen, daß bestimmte Personenkreise ihr Gesamtverhalten (das der KurdInnen, Anm.d.A.) zum Anlaß nehmen, in zunehmendem Maße Ausländerfeindlichkeit zu propagieren".

Die KurdInnen sind also an der Ausländerfeindlichkeit selbst schuld! Die Ausländerbehörde hat öffentlich bestätigt, daß sie einige der Angeklagten noch vor dem Abschluß ihrer Strafverfahren in die Türkei abschieben will. Es ist oft genug dokumentiert worden, welche Gefahren politisch aktiven Kurden und Kurdinnen nach einer Abschiebung in die Türkei drohen.

det wird der politische Charakter und Hintergrund ihres Protestes: die Entführung Abdullah Öcalans. Daß die Sorge um das Leben des Vorsitzenden der Kurdischen Arbeiterpartei PKK berechtigt war, zeigt der Schauprozeß gegen Abdullah Öcalan vor einem Staatssicherheitsgericht, in dem die Anklage schon die Todesstrafe beantragt hat.

Die kurdische Initiative für einen Friedensdialog, die Abdullah Öcalan während seines Aufenthaltes in Europa zu verbreiten versuchte, wurde durch die europäischen Staaten, maßgeblich auch die BRD, abgewiesen. So wurde dessen Verschleppung aus Kenia politisch erst ermöglicht. Die anhaltenden Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen Deutschlands für den Krieg gegen das kurdische Volk gehen ungebrochen weiter, auf Proteste von kurdischer Seite dagegen wurde und wird weiterhin mit schärfster Kriminalisierung reagiert.

Berlins Innensenator Werthebach wiederholte zuletzt am 26. Juni, jegliche deutsche Beteiligung am Krieg gegen die KurdInnen leugnend: "Ich werde nicht zulassen, daß die innertürkischen Auseinandersetzungen auf Berliner Straßen ausgetragen werden."

Der Kurdistankonflikt ist ein internationaler politischer Konflikt. Genau das hat sich in den kurdischen Protestaktionen in Deutschland und Berlin ausgedrückt. Deren politische und juristische Aufarbeitung - Straffreiheit für die israelischen Sicherheitsbeamten und massive Anklagen und Ausweisungsdrohungen gegen Kurden und Kurdinnen - dokumentiert erneut den Konfrontationskurs Deutschlands gegen die kurdische Bewegung.

Presse- und Informationsbüro
zu den sächsischen Kurdenprozessen

c/o Dresdner Netzwerk" Kein Mensch ist illegal"
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden
Telefon/ Fax: 0351-8048795
Spendenkonto:
AZADI e.V.
Ökobank Frankfurt
BLZ 50090100
Kto.-Nr.5400279

Dresden, den 27.6.99

Prozeß gegen Kurden in Leipzig wegen der Besetzung des griechischen Konsulats im Februar 1999

- **Politisches Betätigungsverbot für einzelne Angeklagte**
- **Reduzierung der KurdInnen auf Kriminelle**
- **Reue als juristisches Prinzip**

Am 16. Februar besetzten KurdInnen das griechische Konsulat in Leipzig, nachdem sie von der Entführung Abdullah Öcalans (Generalsekretär der PKK) aus der griechischen Botschaft in Nairobi in die Türkei erfuhren. Anders als in anderen deutschen Städten, wo es zu ähnlichen Besetzungen kam, reagierte die sächsische Polizei mit übertriebener Härte. Sie stürmte das Gebäude des griechischen Konsulats und nahm über 70 Personen fest.

Am 22. Juni 1999, fast ein halbes Jahr später, fand der erste Prozeß gegen die Besetzer und Besetzerinnen statt, die bis zur Urteilsverkündung, wie auch alle anderen Angeklagten, in Untersuchungshaft saßen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft lautete: schwerer Landfriedensbruch, schwerer Hausfriedensbruch und gemeinschaftliche Freiheitsberaubung. Eine Frau und vier Männer wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 10 und 14 Monaten auf Bewährung verurteilt.

"Wie ein Hochsicherheitstrakt" - Prozesse in Leipzig

„Das Amtsgericht ähnelte gestern einer Hochsicherheitsanlage: Rund um das Gebäude in der Bernhard-Göring-Straße waren fast 200 Beamte der Bereitschaftspolizei, der Kripo und aus den umliegenden Revieren im Einsatz. Wenige Meter neben dem Haupteingang standen Wasserwerfer. An den Wänden waren ferngelenkte Kameras angebracht, die jeden Besucher filmten. Wer in das Gebäude wollte, mußte sich ausweisen. Vor dem Verhandlungsraum stand ein Metalldetektor. Wie auf dem Flughafen mußten alle Zuschauer vor dem Gang durch die Anlage, ihre Taschen leeren, Uhren und Schmuck ablegen. Sogar Geldbörsen wurden nach gefährlichen Gegenständen kontrolliert. Unmittelbar vor der Eingangstür stand ein Beamter, der jeden noch einmal "filzte". Alles, was als Waffe hätte benutzt werden können, wurde von den strengen Sicherheitsbeamten bis zum Ende der Verhandlung in einem besonderen Raum aufbewahrt. Im Gerichtssaal saßen neben Kripo- und Vollzugsbeamten auch zwei Männer mit Feuerlöschern. Sie sollten einschreiten, wenn sich die Angeklagten oder Zuschauer selber anzünden würden. Kripo-Chef Uwe Matthias: "Wir sind überaus vorsichtig, da wir mit fanatischen Einzeltätern rechnen müssen, die die Verhandlung stören wollen." Anwalt Rainer Ahues verstand das, "aber meinen Laptop brauche ich dennoch in der Verhandlung, den kann ich nicht draußen lassen." Die Beamten hatten den Mann nämlich nicht mit dem Computer in den Saal lassen wollen. Erst eine richterliche Erlaubnis löste das Problem.“
(Leipziger Volkszeitung, 23.6.99)

Dies - und ein absolutes Versammlungsverbot für einen großen Teil der Südstadt (Umgebung des Gerichts) bis zum Ende der Prozesse - bildete den Auftakt zu dem Prozeß gegen die ersten fünf von 73 angeklagten KurdInnen in Leipzig. Ihnen wird die Beteiligung an der Besetzung des griechischen Generalkonsulates am 16. Februar vorgeworfen.

Ein Sondereinsatzkommando der Polizei hatte das Gebäude am späten Nachmittag dieses Tages gestürmt.

Aus Angst vor einem politischen Großverfahren hat die Leipziger Staatsanwaltschaft die Angeklagten in Gruppen zu je fünf Personen aufgeteilt. Zusätzlich zur Strafverfolgung erließen die Ordnungsämter der Wohnorte gegen einige KurdInnen weitreichende politische Betätigungsverbote.

Im ersten Prozeß gegen fünf Angeklagte interessierte sich die Richterin jetzt vor allem dafür, ob die drei Deutschen, die sich im Gebäude befanden, als »Geiseln oder Gäste« behandelt wurden, und ob es während der Besetzung eine Befehlsstruktur gegeben hat. Sie wirkte immer etwas ungehalten, wenn - offensichtlich wegen Übersetzungsschwierigkeiten - nicht direkt auf ihre Frage geantwortet wurde. In diesem Fall wurden "nur" Bewährungsstrafen verhängt

Außerdem scheint sich die Vermutung zu bestätigen, daß Angeklagte unter Druck gesetzt werden, gegen andere KurdInnen auszusagen. Dies wurde in diesem ersten Fall deutlich, in dem zuvor angeblich gemachte Aussagen zurückgezogen und später erneut bestätigt wurden. Die Methode der deutschen Behörden ist

Obwohl die Angeklagten nicht vorbestraft waren und ihnen der schwere Landfriedensbruch nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte, entschied sich die Richterin Piesecky für die Freiheitsstrafen. Offensichtlich wurde in diesem ersten Prozeß, daß diejenigen, die Reue zeigen und ihre politischen Motive verleugnen, günstiger davonkommen. Es stellt sich die Frage, wieviel Druck nötig war, z.B. durch die Androhung einer Abschiebung in die Türkei, um die Angeklagten zu ihren Aussagen zu bewegen.

Für die nun folgenden Prozesse - die über 70 Angeklagten wurden in Fünfergruppen aufgeteilt - bleibt zu befürchten, daß mit diesem ersten Urteil eine Grundlage für die Verurteilung aller anderen Angeklagten geschaffen wurde. Dabei scheinen die politischen Hintergründe und Motive der angeklagten Kurden und Kurdinnen nicht zu interessieren. Vielmehr läßt die bisherige Linie der Staatsanwaltschaft einen unbedingten Verurteilungswillen erkennen. Damit befindet sie sich in völliger Übereinstimmung mit der bundesdeutschen Innenpolitik, die nichts unversucht läßt, Kurden und Kurdinnen in die Türkei abzuschieben." ... wir [werden] mit aller Nüchternheit prüfen, welche Vorkehrungen notwendig und möglich sind, um dann auch Ausweisungsentscheidungen zu treffen und diese zu vollziehen ..." (Bundesinnenminister Otto Schily im März 1999).

Doch nicht nur die drohenden Abschiebungen bestimmen das Klima der sächsischen Kurdenprozesse. Es sind zudem mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Angeklagte ein politisches Betätigungsverbot für die Zeit nach ihrer Haftentlassung noch vor Prozeßbeginn erhalten haben. So versuchte die Ausländerbehörde Magdeburg einem Kurden "1. Die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzügen; 2. Verfassung, Veröffentlichung und Abhaltung politischer Reden, Pressekonferenzen und Publikationen; 3. Übernahme und Ausübung von politischen Ämtern" zu verbieten. Nach Intervention des Rechtsbeistandes des Betroffenen mußte die Behörde Teile ihrer Verfügung zurücknehmen. Die Ausländerbehörde Leipzig verfährt nach Informationen der Rechtsanwälte ähnlich. Sie stellte ihre politische Betätigungsverbote allerdings gleich mit dem Zusatz "lebenslänglich" aus. Nach Widerspruch der Betroffenen änderte sie die Dauer auf 5 Jahre.

Der nächste Prozeß diesem Verfahren findet am
28. Juni 1999 um 9.00 Uhr
vor dem Amtsgericht Leipzig statt.



Gegen 61 der verhafteten Kurdinnen laufen nun Ermittlungsverfahren vor dem Leipziger Amtsgericht wegen gemeinschaftlicher Freiheitsberaubung, schwerem Landfriedensbruch und schwerem Hausfriedensbruch. Gegen zwölf weitere Kurden, die als »Rädelsführer« ausgemacht wurden, wird zusätzlich wegen angeblicher Geiselnahme ermittelt. Diese Prozesse werden vor dem Landgericht geführt und sollen im Herbst beginnen. Die insgesamt 73 Angeklagten befinden sich seit ihrer Festnahme ununterbrochen in verschiedenen Gefängnissen in Untersuchungshaft.

[…] durchsichtig. Sie soll die Betroffenen verunsichern, entpolitisieren und spalten. Die Drohung mit Abschiebung ist ein besonderes Druckmittel, das die Angeklagten zu einer individuellen und denunziatorischen Handlungsweise zwingen soll. Für diese Art der Redewilligkeit versprechen die Behörden dann Strafmilderung. Abzuwarten bleibt, ob es Polizei und Justiz in den noch folgenden Prozessen und Verfahren gelingt, weitere Kurdinnen und Kurden gegeneinander auszuspielen.

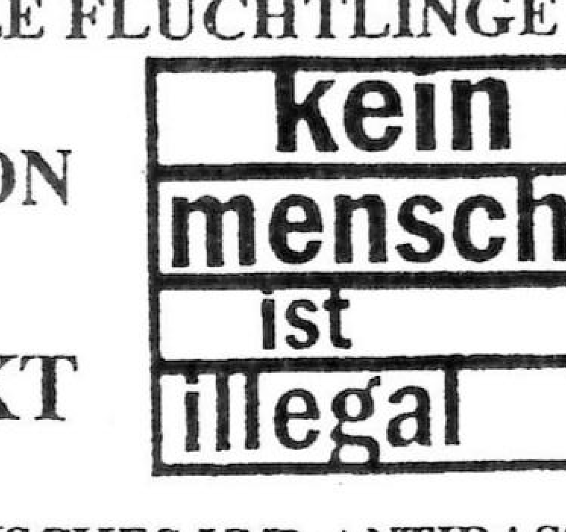
FÜNF WOHNUNGEN UND EINE MOSCHEE IN BERLIN DURCHSUCHT
NEUE HETZE IN DER PRESSE

Zeitgleich wurden am 23. Juni um 9 Uhr fünf Wohnungen von KurdInnen und eine Moschee in Kreuzberg durchsucht. Offizielle Begründung: Verdacht auf Verstoß gegen das Waffengesetz. Waffen wurden natürlich nicht gefunden, dafür aber jede Menge Bücher und Zeitschriften beschlagnahmt. In der Moschee wurde alles auf den Kopf gestellt. Diese Durchsuchung ist ein weiterer Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuch gegenüber KurdInnen. Es soll damit ein Klima geschürt werden wie im Februar nach der Besetzung des griechischen und der Aktion vor dem israelischen Konsulat. In die gleiche Kerbe haut die Berliner Presse. So titelt der BERLINER KURIER am 25.Juni 99: *„Vor dem Öcalan-Urteil: Kurden drohen mit Bürgerkrieg in Berlin."*
Erinnern wir uns: Auch im Februar wurde durch die Medien Stimmung gegen KurdInnen gemacht, wurden diese als „fanatische Extremisten" und „Terrorkurden" dargestellt, die „Krieg in Deutschland führen wollen", vor denen „die Deutschen Angst haben müssen."
Dazu wurde auf der Straße von der deutschen Polizei so etwas wie ein Ausnahmezustand inszeniert. Alle „kurdisch aussehenden" Menschen wurden angehalten und durchsucht, der Vereinssitz der kurdischen DEMOKRATISCHEN EMIGRANTENUNION tagelang belagert, Platzverweise in der Umgebung des Vereins erteilt und für mehrere Tage ein generelles Demonstrationsverbot ausgesprochen.

Seid solidarisch mit den Kurdinnen und Kurden. Mischt euch ein, wenn sie rassistisch behandelt werden. Unterstützt sie, sie sind im Recht.

berg ein weiterer Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. Täglich werden Menschen wegen ihrer Herkunft angegriffen und beleidigt, sei es von den staatlichen Behörden oder von „gewöhnlichen" Rassisten auf der Straße.
Mit der deutschen Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung des NATO-Krieges gegen Serbien, bekommt diese Politik auf dem Rücken von Flüchtlingen auch außenpolitisch ihre Dimension. Mediale „Humanität" wird zelebriert und den MedienkonsumentInnen schmackhaft gemacht. Die Aufnahme von 12 000 Flüchtlingen aus dem Kosovo in der BRD, deren Aufenthalt vorerst auf 3 Monate Bleiberecht begrenzt ist, soll von den Zerstörungen und Folgeschäden, unter denen die Menschen im Kriegsgebiet zu leiden haben und den Millionen Schicksalen der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen, nur ablenken.
Mit unserer antirassistischen Demonstration wollen wir die deutsche Öffentlichkeit ein weiteres Mal mit Internationaler Solidarität konfrontieren und den weitverbreiteten rassistischen Konsens angreifen. Wir knüpfen damit an die unterschiedlichen Aktivitäten antirassistischer Gruppen in der Region an, wie z.B. den letztjährigen Grenzcamps in Rothenburg und Zittau, sowie antirassistischen Demonstrationen am 1.11.97, 30.7.98, 25.4.99 und 19.6.99 (Streetparty) in Freiberg.
Stellvertretend für alle Flüchtlinge, die ihr Leben auf der Flucht in die vermeintliche Freiheit lassen mußten, gedenken wir den Opfern des Unfalls in Weißenborn. Bereits am Freitag, dem 30.7.99 werden wir deshalb an der Unglücksstelle eine Mahnwache durchführen.
Gleichzeitig wollen wir auf das diesjährige „Anti-Grenze-Camp", welches von der Forschungsgesellschaft „Flucht und Migration" und dem Netzwerk „Kein Mensch ist illegal" vom 7.-15.8. in Zittau organisiert wird, aufmerksam machen und euch auffordern, dort teilzunehmen und die Grenzen unsicher zu machen!

GRENZEN ABBAUEN – BGS AUFLÖSEN !
STOPPT DIE MENSCHENJÄGER !
NICHTS UND NIEMAND WIRD VERGESSEN !
SOLIDARITÄT UND BLEIBERECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE !



ANTIRASSISTISCHE DEMONSTRATION
SAMSTAG, 31. JULI `99
FREIBERG, 15 UHR, OBERMARKT

ANTIFASCHISTISCHES UND ANTIRASSISTISCHES
AKTIONSBÜNDNIS FREIBERG

kein
mensch
ist
illegal

Ein Vorbereitungstreffen für die Demo findet am Sonntag, 11.Juli`99, um 12 Uhr im AZ BARRIKADE, Münzbachtal 118, 09599 Freiberg statt. (nähere Info`s im Infoladen FG; Mo & Do 20-22 Uhr, 03731/216577)

In der öffentlichen Diskussion um die kurdischen Proteste und die tödlichen Schüsse der israelischen Sicherheitsbeamten werden die Kurden von allen Seiten als Problem der "Inneren Sicherheit" betrachtet. Ausgeblen- Diese Politik, die nur Verfolgung, Verbote und Verhaftungen kennt, muß aufhören. Insbesondere sind die Abschiebungen von KurdInnen in die Türkei zu stoppen, ihnen drohen Folter und Tod!

Unterstützt die Angeklagten! Laßt sie nicht allein! Beobachtet die Prozesse!

Der nächste Termin:

Donnerstag, 15.7.99, 9 Uhr, Raum 500

Landgericht Moabit, Turmstr. 91

Freiheit für die kurdischen politischen Gefangenen! Einstellung aller Verfahren!
Weg mit dem PKK-Verbot!
Keine Abschiebungen in die Türkei!
Keine Militär- und Polizeihilfe für die Türkei!



soll mit einer Eisenstange am Rathenauplatz einen Polizisten geschlagen haben.

Gleich zu Beginn zeigte sich die Einstellung des Gerichts zu dem Prozeß: So wurde der Antrag des Angeklagten, nicht gezeichnet zu werden (türkische Behörden erfahren von deutscher Seite schon genug über Abgeschobene, und kurdische DemonstrantInnen gelten generell als PKK-AnhängerInnen), ebenso abgelehnt wie die Anträge der Verteidigung, die Verhandlung vor einem Amtsgericht zu führen und sie in einen größeren Raum zu verlegen, damit auch die Familie und andere, die noch draußen warteten, teilnehmen könnten (Begründung der Richterin: "Das liegt in der Natur der Sache - es ist genug Platz.").

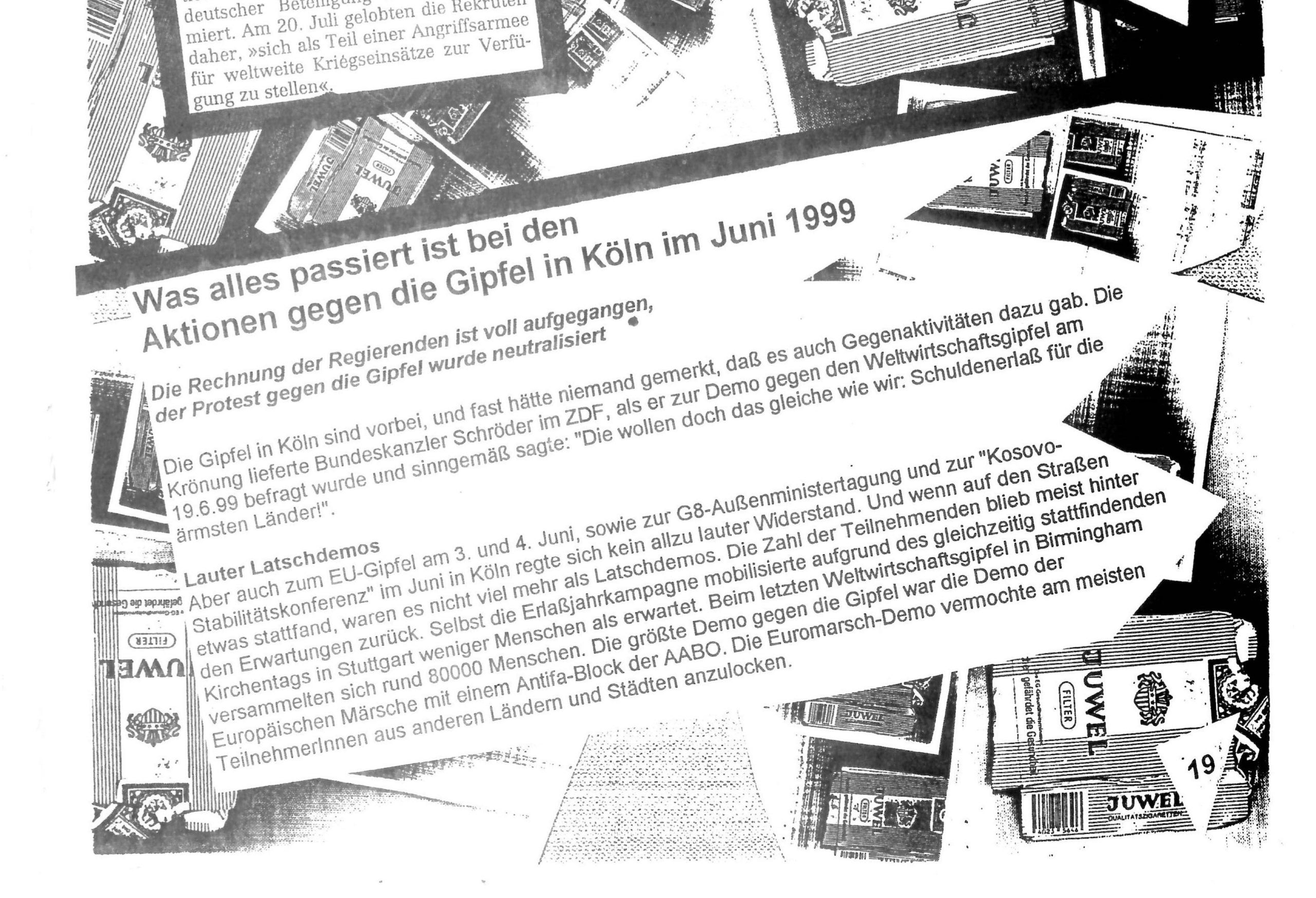
Nach der Vorladung eines falschen Zeugen aufgrund des gleichen Nachnamens (übrigens der gleiche Fehler wie beim letzten Prozeß vor dem Jugendgericht!), der Abwesenheit anderer Zeugen, der Aussageverweigerung des Hauptzeugen unter Berufung auf ein "Dienstgeheimnis", das im nachhinein weder von der Richterin noch vom

BERLIN hat sich gegründet, nachdem die weltweiten Proteste gegen die Verschleppung des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, in die Türkei hier wieder einmal nur mit Repression und Hetze durch Medien und Politik beantwortet wurden.
Im Rahmen des SOLIDARITÄTSKOMITEES arbeiten Menschen aus der Plattform der kurdischen Vereine in Berlin und aus verschiedenen linken deutschen Gruppen zusammen.
Das SOLIDARITÄTSKOMITEE unterstützt die kurdischen politischen Gefangenen und Angeklagten bei ihren Verfahren in Berlin, es fordert die Freilassung der Gefangenen und die Einstellung der Verfahren.
Das SOLIDARITÄTSKOMITEE schafft eine Gegenöffentlichkeit zu der massiven rassistischen und ,law and order'- Stimmungsmache und stellt eine Verbindung her zwischen den legitimen politischen Hintergründen der kurdischen Protestaktionen und der deutschen Mitverantwortung für den schmutzigen Krieg in Kurdistan.

mit der Eisenstange verletzt habe oder nicht, sagte seine Rechtsanwältin Annette Jansen. Sie vermutete jedoch, daß an ihrem Mandanten ein Exempel statuiert werden soll: "Selbst wenn er freigesprochen wird, so saß er doch einige Monate in Haft. Und das ist es wahrscheinlich, was man glaubt, das die Öffentlichkeit will."

Justizsprecherin Michaela Blume nannte die Vorwürfe "völligen Blödsinn". M. K.s Haftdauer habe eine durchaus normale Länge. Es sei auch an der Tagesordnung, daß Zeugen verwechselt würden oder nicht zu einem Termin erschienen. Der Verteidigung kommt indes der Prozeß nicht nur wegen der Verzögerungen merkwürdig vor. "Es ist nur ein Verhandlungstag angesetzt worden, obwohl dem Gericht klar sein müßte, daß das nicht an einem Tag zu regeln ist", sagte Frau Jansen.

Mit einem neuen Gerichtstermin ist frühestens im September zu rechnen. (Quelle der Zitate: Süddeutsche Zeitung)



deutscher Beteiligung ... die Rekruten miert. Am 20. Juli gelobten die Rekruten daher, »sich als Teil einer Angriffsarmee für weltweite Kriegseinsätze zur Verfügung zu stellen«.

Was alles passiert ist bei den Aktionen gegen die Gipfel in Köln im Juni 1999

Die Rechnung der Regierenden ist voll aufgegangen, der Protest gegen die Gipfel wurde neutralisiert

Die Gipfel in Köln sind vorbei, und fast hätte niemand gemerkt, daß es auch Gegenaktivitäten dazu gab. Die Krönung lieferte Bundeskanzler Schröder im ZDF, als er zur Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 19.6.99 befragt wurde und sinngemäß sagte: "Die wollen doch das gleiche wie wir: Schuldenerlaß für die ärmsten Länder!".

Lauter Latschdemos

Aber auch zum EU-Gipfel am 3. und 4. Juni, sowie zur G8-Außenministertagung und zur "Kosovo-Stabilitätskonferenz" im Juni in Köln regte sich kein allzu lauter Widerstand. Und wenn auf den Straßen etwas stattfand, waren es nicht viel mehr als Latschdemos. Die Zahl der Teilnehmenden blieb meist hinter den Erwartungen zurück. Selbst die Erlaßjahrkampagne mobilisierte aufgrund des gleichzeitig stattfindenden Kirchentags in Stuttgart weniger Menschen als erwartet. Beim letzten Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham versammelten sich rund 80000 Menschen. Die größte Demo gegen die Gipfel war die Demo der Europäischen Märsche mit einem Antifa-Block der AABO. Die Euromarsch-Demo vermochte am meisten TeilnehmerInnen aus anderen Ländern und Städten anzulocken.

...Teilnehmerinnen, mehrheitlich aus anderen Ländern, ein großer anarchosyndikalistischer ... geschützter Beschäftigung, Rassismus Block, KurdInnenblock. Der Antifablock wurde von Anfang an von einem dichten Polizeispalier begleitet und mehrmals angegriffen. Der Antifablock wurde schliesslich mit einem Polizeikessel gestoppt und von der restlichen Demo getrennt und mußte nach Ankunft der Demospitze am Abschlußort eine andere Route (nicht am Dom vorbei) nehmen. Die restliche Demo wurde von der Demoleitung nicht über die Prügeleien gegen den Antifablock informiert. Der Demoleitung gelang es nach eigenen Aussagen nicht, die Demospitze anzuhalten.

31.5.: Trauermarsch mit Straßentheater anläßlich des gewaltsamen Todes des sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb, der am 28.5. bei der Abschiebung in einer Linienflugmaschine der Lufthansa getötet wurde. Am 16.6. Protest bei der Lufthansa-Aktionärsversammlung in Köln

1.6.99: Besetzung des AZ in der Aachener Straße, leider am 9.6.99 bereits wieder geräumt

2.6.: Aktion gegen das niederländische Poldermodell (staatliches Förderprogramm für Niedriglohnjobs) gegen die Zeitarbeitsfirma Randstad, 25 internationale AktivistInnen verhaftet; Aktion gegen Abschiebungen bei der Lufthansa vor einem Reisebüro

27.5./2.6.: Hausdurchsuchungen in München

3.6.: Bus aus München vor der Fahrt nach Köln von Polizei durchsucht, eine Festnahme;
3.6.: linksradikale Anti-EU-Demo, etwa 3500 TeilnehmerInnen, unter anderem auch VertreterInnen der Interkontinentalen Karawane (ICC). Der Versammlungsort in der Innenstadt wurde nicht genehmigt, stattdessen war Demo außerhalb der Sicherheitszone;
3.6. abends: ICC-Frauenveranstaltung im Bürgerzentrum Alte Feuerwache mit Frauen aus Indien, Bangladesch, Mexiko, Iran, usw. in Zusammenarbeit mit dem FrauenLesben-Plenum gegen die Gipfel

3./4.6. Offizieller EU-Gipfel

4.6.: Beginn des **Hungerstreiks der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen** im Parteibüro der Kölner Bündnisgrünen;
Kranbesteigung durch eine Aktivistin in der Sicherheitszone;
FrauenLesben-Aktionstag mit Fahrraddemo und Straßentheater. An den FrauenLesben-Aktivitäten vom 3.-5.6. nahmen etwa 200 teil

Mit dem Gelöbnis versucht die Bundesregierung ... „Aufstand des Gewissens" ist heute kriegswichtig geworden - der Aufstand des Gewissens gegen den Pazifismus. Die schlaflosen Nächte der Angelika Beer waren zur Durchsetzung des Krieges gegen Jugoslawien genauso wichtig wie die Massakerbilder Scharpings.

Deutschland ist in diesen Krieg nicht hineingeschlittert. Aus dem Grundsatz, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, ist die Verpflichtung der Deutschen geworden, weltweit den gerechten Krieg zu führen - wegen, nicht trotz Auschwitz. Die BRD will militärisch wieder eine wichtige Rolle spielen. Zu diesem Zweck wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut, die weltweit einsetzbar sein soll. Die Militarisierung der Außenpolitik wird propagandistisch untermauert. Der Sicherung der Menschenrechte kommt hierbei eine hohe Bedeutung zu - als Vorwand für Kriegseinsätze, deren wahrer Zweck es ist, die globalen Kräfteverhältnisse gewaltsam zugunsten der BRD zu ändern.

Mit dem Gelöbnis werden die Soldaten auf ihre Aufgabe als Teil einer zukünftigen Interventionsarmee eingeschworen. Der Selbstbeweihräucherung künftiger Mörder stellen wir unseren Protest entgegen. Wer beim Anblick einer Truppenfahne stramm steht, wem es beim Ertönen der Nationalhymne heilig zumute wird, von dem geht Gefahr aus!
Deutschland ist wieder Großmacht - Großmachtpolitik verhindert Frieden!

Wir rufen dazu auf, das Gelöbnis am 20. Juli phantasievoll zu stören!

Demonstration Di. 20 Juli'99 - Auftakt: U-Bhf Kurfürstenstrasse 15.30 Uhr

Antifaschistische Aktion Berlin; Anarchist Black Cross Berlin; Antifa Jugendfront; Antifa Weisensee; A.R.D; Autonomes Plenum gegen den Krieg; AZB; BUND Jugend; Büro für antimilitaristische Maßnahmen BAMM; Demokratische Linke; Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen; Frauen/Lesben Plenum gegen den NATO-Krieg; Gegeninformationsbüro; Gruppe Internationale Berlin; Jugend Antifaschistisches Koordinations Bündnis Jakob; Jugend BO22 der PDS Falkensee; JungdemokratInnen/Junge Linke; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Links-Alternatives Bündnis; Mütter gegen den Krieg; RAN.

Kontakt-Tel. 610 74 401 oder 698 15 826 oder 615 00 530 V.i.S.d.P. Karl Bender, Bethaniendamm 4, 10999 Berl

balkan ist jedoch für ... kroatiens und ... wirtschaftliche ...
der brd bei der anerkennung kroatiens ... strategische und wirtschaftliche ... erkennen. die
ließ bereits das besondere strategische und ... jugoslawien erkennen. die
der brd an einem zerfall der bundesrepublik jugoslawien ... destabilisierungspolitik auf dem
deutschen kriegsziele sind teil einer destabilisierungspolitik auf dem ... soll hierdurch
balkan, das realsozialistische wirtschaftssystem soll hierdurch
endgültig besiegt werden.

es geht in diesem krieg um die eroberung neuer absatzmärkte, die eintreibung von schulden (die jugoslawien vom internationalen finanzkapital aufgezwungen wurden), den ungehinderten abbau von rohstoffen für den weltmarkt, den verkauf, die erprobung und die zurschaustellung von waffen und schließlich den lukrativen wiederaufbau der zerstörten gebiete. vor dem krieg stammten zwei drittel der serbischen industrieanlagen aus deutscher produktion, der anstehende wiederaufbau verspricht jetzt schon der deutschen industrie zusätzliche profite.

die brd, die nach dem anschluß der ddr kontinuierlich darauf hingearbeitet hat, ihren weltmachtansprüchen auch militärisch nachdruck zu verleihen hat in der bundeswehr ihr erfüllungsorgan zur durchsetzung dieser interessen, aus diesem grund haben wir heute nacht versucht, sie exemplarisch anzugreifen, leider konnten wir nur ein paar fensterscheiben beschädigen, unsere mollis blieben kalt.

zerschlagt die nato und die bundeswehr
tausend farbbeutel für den kriegstreiber joseph fischer
verweigert euch dem krieg, desertiert und sabotiert
keine kriminalisierung des antimilitaristischen widerstandes

und :
macht's besser!!!

17.6. Kabelaktion: eine ...

17./18.6. Alternativer Weltwirtschaftsgipfel. Insgesamt etwa 600-800 TeilnehmerInnen. AktivistInnen protestierten bei einem "go-in" gegen Kriegsbefürworter Ralf Fücks, der für die Heinrich-Böll-Stiftung auf dem Podium saß. Sie informierten über die Räumung des Grünen-Büros.
Am 18.6. um 17 Uhr gab es ein kleines Theater auf dem Platz vor dem Alternativgipfelveranstaltungsort, der Volkshochschule (VHS), gleich neben der Josef-Haubrich-Kunsthalle mit einer Ausstellung zum G7-Gipfel. Die Polizei versuchte nach dem Theater, den Platz zu räumen, und trieb die KongreßteilnehmerInnen in die VHS zurück, weil die Ehegattinnen der G7-Staatschefs sich die Ausstellung ansehen wollten.

18.-20.6. Offizieller Weltwirtschaftsgipfel der sieben größten Industrieländer, G8 mit Rußland

18.6.: Internationaler Aktionstag: Demo gegen Bayer Leverkusen mit 400-500 Leuten vom Werktor zur Stadtmitte;
Laugh Parade in Köln. Beinahekessel am Versammlungsort Ebertplatz (fast 300 Leute), die Kundgebung löste sich vorher auf. Kessel an der Straßenhaltestelle beim Camp, die Straßenbahn wurde festgesetzt, zahlreiche Verhaftungen und etwa 250 Platzverweise.
Gentechnisches Versuchsfeld bei Bentfeld zerstört.
International kam es in ganz vielen Ländern zu parallelen Aktionen, z.B. Nigeria, Argentinien, Weißrußland. Die Innenstadt von London erlebte eine großangelegte antikapitalistische Demo

19.6.: Nulltarifaktion in einem Zug aus den Niederlanden nach Köln; **Menschenkette der Erlaßjahrkampagne** mit 20000 TeilnehmerInnen; **Demonstration gegen den G8-Gipfel** des Bündnis Köln 99 mit rund 10000 bis 12000 TeilnehmerInnen, davon 5000 KurdInnen, außerdem Flüchtlinge aus Sri Lanka und die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, ein kleiner linksradikaler Block. Für die Demo am 19.6. wurde der genaue Versammlungsort ("Köln-Innenstadt") erst wenige Tage zuvor bei einem Gerichtstermin bekannt. Die Demo hatte eine ähnliche Route wie diejenige vom 29.5., bei strahlendem Sonnenschein, aber sie war ebenfalls zu lang und die TeilnehmerInnen waren danach fix und fertig. Zu anschließenden Aktionen in der Innenstadt kam es nicht.

20.6.: Demo von etwa 150 IranerInnen gegen Khatami vor dem Kölner Dom. Sie wurden brutal verprügelt - es kam zu mehreren Verletzten - und anschließend nach Brühl gebracht. Abends: Spontansolikundgebung vor den Toren der Gefangenensammelstelle. Die PolizistInnen waren bei der Freilassung so verängstigt, daß sie sogar einen Wasserwerfer auffuhren und die Freigelassenen nach Köln zurückbrachten;
20.6.: FrauenLesben-Aktion mit Transparenten auf einem Personenschiff auf dem Rhein

Das Auftreten auf der Demo war auch gar keine Besonderheit, als Beispiel wäre das mal der Block der FAU genannt.

…"den Bullen es schwerer zu machen die Demo zu spalten"

Wir finden es ziemlich bedenklich, wenn sich ca. 5000 Menschen von 400 Bullen (zugegeben es standen noch 100 SEKs bereit) von den anderen Blöcken trennen lassen, und den, im Verhältnis, paar Cops nicht entschlossenen Widerstand entgegensetzten, statt stehenzubleiben und Klischeeparolen zu schreien.

Das nun mal zu zwei konkreten Beispielen, wie sie sich aus unserer Sicht abgespielt haben. Im Gegensatz zu euch (gell, liebe AAB) fanden wir die Demo überhaupt nicht so einen Erfolg für die antifaschistische Aktion, sondern
Eher ein beklagenswertes Trauerspiel, welches nichts, aber auch rein gar nix mit entschlossener Antifapraxis zu tun hatte.
Jede DGB-Demo wäre spannender gewesen. Wenn das, also die Demo alles gewesen sein soll, dann gute Nacht!!
Als Denkanstoß wären vielleicht die Aktionen, die aus der Demo und überhaupt die Demo in Amsterdam oder zum WWG in Genf zu nennen. Nach dem Unglück des Eu-Gipfels in Essen 1994, dachten wir eigentlich, daß es nicht mehr schlimmer werden kann. Wir hatten uns getäuscht. Eine Demo wo Klischees mehr zählten als
Entschlossene Aktionen um unserer Kritik an der EU Nachdruck zu verleihen.
Aktionen von anderen Gruppen haben gezeigt, daß es durchaus möglich war auch in Köln den Gipfel entschlossen zu stören und zu behindern.
Wir hoffen, das ihr vielleicht über eure Nachbereitung noch mal kritisch diskutiert.
Damit meinen wir, das euer Nachbereitungspapier inklusive Inhalte doch vielleicht etwas überheblich erscheint, oder zumindest so gewertet werden könnte und nicht der Wahrheit entspricht.
Wir fordern die konkrete Auseinandersetzung mit der Kritik an euch und der ABBO im allgemeinen.

Mit der lieben antifaschistischen Grüßen

Autonome Ruhrgebietsgruppen





selbst weit davon entfernt, "Der Neue Mensch" zu sein. Aber wir belassen es nicht beim Sehen, sondern versuchen einzugreifen - gesellschaftlich, wie auch in unseren Strukturen oder bei unseren eigenen Persönlichkeiten. Das Wissen, aufgestanden zu sein, und es auch leben zu können, hat etwas befreiendes und läßt manchmal das Gefühl aufkommen, über anderen zu stehen.

- daß Widerstand nicht so fürchterlich dogmatisch sein muß. Auf weitestgehende Selbstbestimmung legen wir jedoch großen Wert, sei es bei unseren Alltagsproblemen, Utopien und Hoffnungen oder auch bei unseren eigenen Widersprüchen. Wir lassen uns weder in unseren Aktionsformen noch in unserer Organisationsstruktur festlegen - lebendig für uns und unberechenbar für die Mächtigen, das ist unsere Devise!

Wurfanker über Leitungen geworfen

Von Alexander Uhl

BM Potsdam, 8. Okt. Insgesamt sechs Anschläge auf Oberleitungen der Deutschen Bahn haben gestern morgen in Berlin und Brandenburg dazu geführt, daß der Schienenverkehr zu großen Teilen lahmgelegt wurde. Wer die Hauptstadt per Zug verlassen wollte, mußte lange Warte- und Fahrzeiten in Kauf nehmen, da praktisch alle Fernziele nur noch über weite Umwege erreicht werden konnten. Tausende kamen zu spät zur Arbeit.

Unbekannte hatten in den Morgenstunden Wurfanker und sogenannte Hakenkrallen über Stromleitungen geworfen. In Berlin-Zehlendorf riß ein unbeladener Zug den Anker mit und beschädigte dabei den Fahrleitungsdraht sowie den Stromabnehmer. Vielerorts blieben die Züge einfach stehen, weil sich der Fahrstrom abschaltete. Verletzt wurde bei den Anschlägen niemand.

Ob es sich um Taten von militanten Atomtransportgegnern handelt, ist noch unklar. In Berlin-Zehlendorf fanden Ermittler in der Nähe des Tatortes ein Bekennerschreiben von Castor-Gegnern.

Wie Marlene Schwarz, Sprecherin der Deutschen Bahn AG für Berlin und Brandenburg, mitteilte, waren zahlreiche Strecken sowohl im Regional- wie auch im Fernverkehr betroffen. Der übliche Stundentakt zahlreicher ICE- und Intercity-Züge konnte nicht mehr eingehalten werden. Gegen 13 Uhr waren die laut Bahn „umfangreichen" Schäden repariert, und der Verkehr rollte wieder normal.

Die Bahn konnte noch keine Angaben zur Höhe des entstandenen Sachschadens machen. Vorsichtige Schätzungen sprechen von mindestens mehreren hunderttausend Mark.

Die Täter hatten strategisches Vorgehen bewiesen. Indem sie in der Nähe der Bahnhöfe Potsdam-Wildpark, Trebbin (Teltow-Fläming), Dahlewitz (Dahme-Spreewald), Biesenthal (Barnim) und Berlin-Griebnitzsee die Oberleitungen blockierten, störten sie viele Berliner Fernverbindungen. Auf den Strecken nach Magdeburg, Dessau, Halle, Leipzig, Dresden und Stralsund mußten die Züge Umwege fahren. Während vier Strecken nur in einer Fahrtrichtung betroffen waren, gingen die Unbekannten in Potsdam-Wildpark besonders „gründlich" vor. Hier beschädigten sie die Oberleitungen sowohl nach Berlin als auch nach Potsdam, um jeglichen Verkehr von und nach der Hauptstadt zu verhindern.

INTERIM 6.3.97

wir haben in der nacht vom 24.2. auf den 25.2. 97 die ICE strecke von und nach magdeburg bei potsdamm wildpark blockiert, damit auch die bundesbahn endlich kapiert, daß der castortransport nicht nur ein gefährliches sondern auch teures unterfangen ist.

sofortige stillegung aller atomanlagen


autonome gruppe

Wir haben am 25. Februar 1997 in die Oberleitungen der Bahnstrecken Berlin - Dresden, Berlin - Leipzig und Berlin - Magdeburg Wurfanker gehängt und für hoffentlich viele Stunden den Zugverkehr lahmgelegt.

AUTONOME GRUPPEN

Heute morgen wurden von uns an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck zwischen Rahlstedt und Ahrensburg in beiden Fahrtrichtungen mehrere Achszählgerät der Deutschen Bahn zerstört.

/Revolutionäre Gruppe Wasserkante, Hamburg 27.2.97



tereinander kämperisch, kritisch und solidarisch ist."
(Aufruf zum Autonomie-Kongreß, Ostern 95)
Dafür gibt es allerdings keinen allein richtigen Weg, wir müssen immer wieder neue ausprobieren.

Die Bewegung gegen den Castor im Wendland ist seit dem letzten Transport so groß wie nie zuvor. Auf der anderen Seite ist die Mobilisierung zum Tag X zur Zeit die einzige, die eine relevante Gegenkraft zum Thema Atomenergie besitzt. Das Wendland und die Anti-Castor-Bewegung sind zwar ein großer Hoffnungsschimmer, um der Atommafia einmal wieder das Fürchten zu lehren, von einem Come Back der Anti-Atom-Bewegung kann aber noch nicht gesprochen werden - die ist unserer Einschätzung auch nicht in Sicht.

Der Kampf gegen den Castor ist für uns ein (weder kleiner noch entscheidender) Ansatzpunkt oder auch Versuch aktiv zu werden. Wir teilen mit vielen Castor-GegnerInnen durchaus die Motivation an diesem Punkt gegen die menschenverachtende Atommacht und für eine ökologisch bewußtere Zukunft einzutreten. Wir betrachten diese Zielrichtung jedoch nicht isoliert von den Ursachen und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir denken heute nicht, daß sich an der Castor- oder Atom-Frage, flachs gesagt, die "Revolution" entzündet - die System-Frage gestellt ist oder eben eine radikale gesellschaftliche Umwälzung entbrennt. Aber wir halten es für möglich an diesem Punkt Kapital und herrschende Politik ein Stück weit zurückzudrängen, um mit den vielen Menschen, mit denen wir hier gekämpft haben und zusammengekommen sind, an anderen Punkten weiterzumachen.

Wir wissen, daß die Bewegung für die "sofortige Abschaltung aller Atomanlagen" außerordentlich breit ist, daß es unterschiedliche Aktionsformen gibt und daß wir mit vielen der hier Aktiven oft nicht viel gemeinsam haben. Trotzdem begreifen wir uns als ein Teil davon.

Wir denken, daß militante Aktionen ein notwendiges Mittel sind, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen. Mehr noch, die Bereitschaft zu miltanter Aktion ist Voraussetzung, die eigene Würde zu wahren. Mit militanter Aktion meinen wir aber nicht nur die zerstörende Sabotage sondern jede Handlung, der eine entschiedene systemablehnende und zugleich menschliche Haltung zu Grunde liegt. Ob wir dabei die bestehenden Gesetze ignorieren müssen, oder nicht, diktiert uns die Gegenseite. Widerstand, der sich voll und ganz auf dem Boden der "Freiheitlich demokratischen Grundordnung" bewegt, hat in diesem Land der staatlichen Macht noch nie etwas abringen können.
Gesellschaftliche Gegenmacht wird ohne die militante Macht der illegalen Aktionen keine Ernstzunehmende sein.

Gleichzeitig verkennen wir nicht die Stärke der Anti-AKW-Bewegung: ihre Vielfältigkeit, ihre Toleranz und ihren Respekt vor den verschiedenen Aktionsformen. Diesen Respekt teilen wir, denn auch wir leben lange genug in diesem Land, um zu wissen daß die Schritte vom Unbehagen zum Protest und zum Widerstand nicht einfach sind. Jede/r hier kennt die Angst, eine Unterschriftenliste zu unterschreiben, weil das auch nach Jahren noch Konsequenzen haben kann. Und doch muß es einen Punkt geben, an dem Courage gezeigt wird. Daß es genug Men-

Awacs- Soldaten sind Mörder!!

Kundgebung in den Wohngebieten der Awacs-Soldaten in Geilenkirchen - Teveren am 30.5.99 (3.Disziplin des 4.Transbergischen Triathlon)

Kundgebung in den Wohngebieten der Awacs-Soldaten in Geilenkirchen. Aus den ...

Wir demonstrieren hier in den Wohngebieten der Awacs-Soldaten in Geilenkirchen "arbeiten", sind richtige potentiellen Mördern, die auf der NATO-Air-Base Geilenkirchen in sog. "internationalen Teams" das Mörder geworden, die Tag für Tag und Nacht für Nacht in Jugoslawien sind. Die 18 AWACS-Radarflugzeug Herz und die Schaltzentrale des Kriegs in Jugoslawien und sorgen für die sog "zielgenauen operieren in großer Höhe über den Nato-Bombern das Leben kosten. Auch wenn dieser Krieg für Luftschläge", die Tausenden von Menschen das Leben kosten, ist seit fast 70 Bombennächten klar: die Awacs-Soldaten nur als Computerspiel erscheint, Krankenhäuser, Räffinerien, Heiz- und geblich militärischen Ziele sind Brücken, Fernseh -und Hörfunkstationen, Getreidesilos u Stromkraftwerke, Telefonverbindungen, die durch den Beschuß von Flüchtlingstrecks, Autofabriken. Die Hunderte von Toten,

Pressemitteilung:

An die Freie Presse, die nicht von der NATO mit Cruise Missiles bombardiert wird, an die JournalistInnen, die nicht von Kampfbombern beschossen werden, sondern die die Wahrheit lieben..

Am 30. Mai konnte wir den 4. Transbergischen Triathlon erfolgreich abschließen.
Die erste Disziplin führte die SportlerInnen im vollklimatisierten Reisebus zur Überraschung der observierenden Wuppertaler Stasi an die holländische Nordseeküste.
Die STASI mußte die polizeiliche Observation leider an holländische "Kollegen abgeben. Und wir dachten, es gäbe die grenzüberschreitende Polieiarbeit. Die geplante 2.Disziplin, die Autos der Wuppertaler Staatssicherheit auf den Dünen fahruntüchtig zu machen, mußte deswegen leider ausfallen.
So verlief das Bergische Raufball-Spiel am Nordsee-Strand ohne größere Zwischenfälle. Nach einem netten Tag am Meer steuerten wir dann um 21.30 Uhr die AWACS-Nato-Airbase in Geilenkirchen am Niederrhein an. Dort haben wir mit 50 Personen eine Kundgebung in den Wohngebieten der AWACS- Soldaten durchgeführt. Unter dem Motto und mit der Parole "AWACS-Soldaten sind Mörder" sind wir mit Lautsprecherwagen an ihren Wohnzimmerfenstern vorbeigezogen und haben mit Sirenen, Bombengeräuschen und Redebeiträgen den Mördern ihre Ruhe genommen. Die 18 AWACS-Radarflugzeuge sind das Herz und die Schaltzentrale des Krieges in Jugoslawiens. Sie operieren in großer Höhe über den Nato-Bombern und sorgen für die sog "zielgenauen Luftschläge", die Tausenden von Menschen das Leben kosten.

Und wir haben unsere Wiederkehr angekündigt, möglicherweise mit einer bundesweiten Blockade, zu der wir aufrufen.

Autonome Gruppen aus dem Bergischen Land 30.5.99

Gesellschaftsutopie auf dem Müllhaufen der Geschichte landete. Aber auch diese Meta-Erklärung ist so allgemein wie nichtssagend.
Wie funktionierte die radikale Linke der Nach-68-BRD als es ihr gut ging, ihre Interventionsmöglichkeiten nicht mehr oder weniger staatlich akzeptierten, sondern erkämpften Freiräumen entsprachen? Jugendliche Protesthaltung, Gerechtigkeitsempfinden, und Generationenkonflikte kanalisierten sich irgendwie automatisch in unterschiedlich links politisierten Jugendkulturen. So richtig zum Konzept machten dies die Autonomen im Rahmen der in den 60er Jahren erfundenen „Gegenkultur", mit der sie in den 80ern groß raus kamen und in den 90ern untergingen. Spätestens seit dieser Zeit ist das Verhältnis der Linksradikalen zu Jugend- und Subkulturen ein gespaltenes. Die MTV und VIVA-Generation erscheint als kritiklose Masse der Konsumgesellschaft, und ebenso fällt auf, daß es nicht gelingt, mit einer Kritik am Warenfetisch die VertreterInnen von Hip-Hop- und Skateculture zum politischen Intervenieren zu verleiten. Aber so richtig verlassen wollen die Linksradikalen die Kulturschiene dann doch nicht. Keine Demo ohne Mucke, kein Benefiz ohne Hits. Und läßt sich nicht beobachten, daß überall dort, wo nicht-rechte Jugendkulturen ein Zentrum haben, meist in den Metropolen, die dumpfe Dröhnung der Nazis auf viel weniger Sympathie stößt?
Vielleicht sind die Subkulturen ja die zukünftigen BündnispartnerInnen der Antifa von Morgen. Von der „liberalen Öffentlichkeit" und dem „linksliberalen Politikspektrum" hat jedenfalls schon lange niemand mehr gehört. Doch bevor die Frage nach der Bedeutung der Kultur für linksradikale, antifaschistische Politik geklärt, bevor Strategien und Gegenkonzepte entworfen werden, müssen noch ganz andere, hausgemachte Defizite und Probleme der Antifa auf den Tisch. Wie sieht es eigentlich mit der eigenen Darstellung aus? Welche Symbole ermöglichen die Identifikation? Welchen Stellenwert hat Rebellion? Spielen gesellschaftliche Gegenmodelle, die aufs Ganze gehen, anstatt im tagespolitischen zu versacken, auf Dauer keine Rolle mehr?

Postbananische Zustände

Zehn Jahre nach der Wende hat sich im Osten das Verhältnis zu exotischen Früchten nachhaltig normalisiert. Würde heute ein Symbol für die gesellschaftlichen Zustände in den neuen Bundesländern gesucht, käme die Banane nicht mehr in Betracht, das Bild vom Nazi mit Baseballkeule in der Hand hat da schon einiges mehr an Aussagekraft.
Zwischen Rostock und Dresden bestimmen junge Nazis die Jugendkultur. Politische und kulturelle Alternativen zum Nazisein werden - so sie denn überhaupt existierten - Schritt für Schritt verdrängt. So ist in den ostdeutschen Gemeinden - mit hoher Wahrscheinlichkeit - der kommunale Jugendtreff auch das lokale Nazizentrum. Gut behütet von SozialarbeiterInnen, die dumm und ahnungslos zu BieröffnerInnen bei

Die Industriegiganten versuchen immer wieder, ihre Lobbypolitik zum Staatsinteresse zu erklären. Selbst wenn sie dort einmal scheitern, sind wir mit ihrer raffgierigen Energie in allen unseren Lebensbereichen konfrontiert. Das jüngste Beispiel dafür ist die Gen- und Biotechnologie, wo die Chemie und Saatgutkonzerne einerseits Milliarden von Forschungsgeldern abzocken und andererseits sich jegliche gesellschaftliche Einmischung in das Was, Wie und Warum ihrer Projekte verbitten.

Eat the Rich

Atomkraftwerke produzieren weltweit etwa 5% des anfallenden Energiebedarfs.
"Ein Nord-Amerikaner verbraucht doppelt soviel Energie wie ein Deutscher, dreimal soviel wie ein Schweizer oder Österreicher, 60mal mehr als ein Inder, 160mal mehr als ein Tansanier und 1100mal mehr als ein Bewohner von Ruanda (Ostafrika). Die 6% Amerikaner auf der Erde verbrauchen mehr Energie als die zwei Drittel der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern" (Rudolf H. Strahm). Wenn uns jemand erklären kann, mit welchem Recht diese Verschwendung durchgesetzt wird, fressen wir unsere eigenen Wurfanker.
Die Kosten menschlicher Arbeitskraft an der Herstellung eines Paar Nike-Sportschuhe liegt bei 0,1% der Gesamtkosten. Bei Vollbeschäftigung würden wir glatt in einem Ozean von Sportschuhen ersaufen... . Die Durchsetzung fast ausschließlicher maschineller Energie in der Produktion geht direkt auf Kosten von Millionen Menschen nicht

chen und Superreichen erinnert an die Zeiten des Frühkapitalismus im 19. Jahrhundert.
Unter dem Medientrommelfeuer für den 'Standort Deutschland' wird hier gespart an Kindergärten, Jugendzentren, Ausbildung, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Projekten, Krankenversorgung. Der politische Roll-Back ist allerorts zu spüren: Die Arbeitszeit wird wieder verlängert, die Massenarbeitslosigkeit zu einer Naturkonstante erklärt und die Profite für die Konzerne und Vermögensbesitzer zum Staatsziel hochstilisiert. Zugleich wird das Geschick der Nation an die Existenz einer weltweit operierenden Bundeswehr gekoppelt. Der Umzug nach Berlin steht dabei für die Wiedererweckung deutscher Vormachtstellung in Europa und der Welt.

Von daher halten wir die Forderung nach sofortiger "Abschaltung aller Atomanlagen" - ohne Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung - für zu begrenzt, auch wenn sie allein schon unrealistisch erscheinen mag. Das "Kehren vor der eigenen Haustür" - z. B. Verschiffung des Atommülls ins Südseeatoll - geht wieder zu Lasten der Menschen im Trikont, ändert nichts am Kern der Sache.

We don't want just a piece of the cake - we want the whole fucking bakery!?

Wir behaupten immer noch, gerade auch nach dem Scheitern des Realsozialismus, daß ohne eine Überwindung des globalen Kapitalismus, der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse, der Anhäufung von Reichtum und



Noch am Morgen, als der Castor schon in Dannenberg auf dem Tieflader stand, überlegten die Herren, ob sie diesen nicht wieder heimschicken sollten (laut Polizeifunk).

Das Polittheater um den Castor wird wahrscheinlich trotz alledem noch einige Jahre so weitergehen: Die Bosse aus der Atommafia nebst Stoiber in Bayern und Kohl in Bonn sehen den Standort Deutschland gefährdet, Schröder in Niedersachsen fürchtet um seine Wiederwahl, die SPD um ihre Glaubwürdigkeit in Sachen "Einstieg in den Ausstieg" etc.

Es ist an der Zeit, daß wir Ihnen bei ihrer Entscheidungsfindung ein wenig nachhelfen!

Zu plump sind ihre Lügen, zu langweilig ihr Geschwätz, "Energiekonsensgespräche". Dramatisch ringen die Kasperlepuppen darum, ob der Startschuß für die neue Reaktorbrut schon heute oder erst im Jahre 2005 fallen darf.

Nach den 90 Millionen für den letzten Castor-Polizeieinsatz schlagen sie jetzt wieder den "Energiekonsens" vor. Aber mal ehrlich, für diesen Konsens lockt ihr doch keinen hinterm Ofen hervor, außer Siemens, RWE und die Deutsche Bank. Macht das mal unter euch aus, aber wundert euch nicht, wie ihr *unseren* Konsens um die Ohren gehauen kriegt.

Trotz massiver Regierungspropaganda, 'Atomkraft ist total ungefährlich', sind sich ausnahmsweise Zweidrittel der Bevölkerung einig: "Euren Schiet wolln wir nicht", weder per Luft, per Wasser oder Bahn. Weder in Gorleben, Ahaus, Rußland, noch auf dem Südseeatoll oder auf dem Mars...

hochrangiger PDS-Funktionäre scheint noch geringer zu sein als die bei den Grünen.

Gerade in der Frage des Ausstiegs übernehmen die Grünen in den Länderregierungen in Kiel, Wiesbaden und Düsseldorf die Rolle der FDP: Sie sind die neue (Öko-) Umfallerpartei. Im Bundestag ließen sie im November 1995 durch ihre Abgeordnete Hustedt verkünden "Verantwortung für die Endlagerung von Atommüll zu übernehmen", vorausgesetzt die Laufzeit der AKW's werde begrenzt. Das liest sich wie der Einstieg in den Ausstieg aus ihrer Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKW's. Der Europaabgeordneter Cohn-Bendit fabuliert bereits von der Notwendigkeit der Atombomben für eine westeuropäische Armee. Und dafür brauchen sie Uran und Plutonium aus Atomkraftwerken.

Viele Anti-AKW-Gruppen werden die Argumente der BUND-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wegweisend finden. In der Wuppertaler Studie werden mit einer globalen Betrachtungsweise die ökologischen Folgen der Industriepolitik der Länder des Nordens betrachtet. Die Wuppertaler Wissenschaftler arbeiten heraus, wie die BRD ohne AKW's und ohne Klimakiller bei einem deutlich niedrigeren Energieverbrauch trotzdem ihr Wohlstandniveau halten kann, ohne daß die Schadstoffe in den Trikont verschoben werden.

Zugleich ist die Studie jedoch in der Frage der dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen reichlich naiv: Die Herrschaft von Kapitalismus und Patriarchat, die letztendlich erst die ökologische Katastrophe heraufbeschworen hat, wird nicht thematisiert.

Selbstbezichtigung

Seit einigen Jahren ist das BgR in Leipzig und im Umland aktiv. Einiges konnte bewegt werden, es gibt ein ganz passable Antifa- und Alternativszene, nicht jeder Stadtteil ist für MigrantInnen, Punks etc. eine „No Go Area". Doch bezeichnend ist, daß auch die Arbeit des BgR sich stark nach den Aktivitäten der Nazis richtete. Gegenmobilisierungen machten zumindest einen großen Teil davon aus. Und wenn wir ehrlich sind, so müssen wir feststellen, daß wir gegenüber den Nazis nie so richtig in die Offensive gelangt sind. Den Nazis keine Räume zu lassen, ihnen keinen Fußbreit zu gönnen, sie rauszuwerfen, sie zu schlagen, wo wir sie treffen, dies blieben auch bei uns Maximalforderungen, die sich in der Realität alles andere als verwirklichen ließen. Ganz aktuell zeigte sich dies bei den antifaschistischen Interventionen im Leipziger Stadtteil Grünau. Eine brauen Zone von vielen, in die wir Unruhe brachten, in der wir sogar (ja, es muß leider gesagt werden: sogar) die vorläufige Schließung eines Nazitreffs erzwingen konnten. Das Kräfteverhältnis umzukippen, gelang uns allerdings nicht. Am konkreten Beispiel zeigte sich zum wiederholten Male (wie schon in Wurzen) die Begrenztheit des allgemeinen antifaschistischen Repertoires und damit die Notwendigkeit grundsätzlicher Überlegungen.

Ein plumper Taschenspielertrick, der nur notdürftig die eigene Machtlosigkeit verdeckt, möchten da vielleicht einige meinen: Bloß weil wir vor „unserer Haustür" nichts auf die Reihe kriegen, zetteln wir gleich großtrabend bundesweite Kongresse an und erwarten schlaue Gedanken von anderen Leuten. Ja, na und?

Das BgR sieht sich als Teil einer linksradikalen antifaschistischen Bewegung und genau jene ist sowieso dazu verdonnert, sich den Fragen nach der Analyse des Gegenwärtigen und daraus folgenden Interventionsmöglichkeiten zu stellen. Diskussionsbedarf gibt es, nicht nur das BgR ringt um Grundannahmen und Perspektiven. Mit dem Verstärker-Kongreß existiert ein Rahmen für die fällige Auseinandersetzung auf breiter Ebene.

Ach so. Falls sich gefragt wird, woran die Teilhabe an der oben beschriebenen Bewegung, und damit die „Zugangsberechtigung" für den Kongreß erkannt wird? Ganz einfach: Betrachtest du die rechte Alltagskultur, die Dominanz von Nazis in öffentlichen Räumen und ihre Hegemoniebestrebung als ein unbedingt zu lösendes Problem. Möchtest du dabei nicht auf den Staat und aufs bürgerliches Feuilleton, sondern viel eher auf autonome Organisation setzen? Lösen Begriffe der Totalitarismustheorie Ekelanfälle aus und bist du gelangweilt von den Statements sogenannter „RechtsextremismusexpertInnen"? Werden alle Fragen mit „ja" beantwortet („weiß nicht", geht auch), dann bist du herzlich eingeladen.

Staatsschutz zu kooperieren und als Zeuge über linke Strukturen und Zusammenhänge Aussagen zu machen. Ihm waren 6 Monate Haft angedroht, er hat sich davon nicht beugen lassen und bis heute konsequent geschwiegen. Jetzt hat das Oberlandesgericht Düsseldorf die Beugehaft aufgehoben, mit dem Argument, ein weiterer Vollzug sei "nicht verhältnismäßig".

Die ROTE HILFE sieht darin, daß Frank statt 6 nur 2 1/2 Monate absitzen musste, einen Erfolg der hartnäckigen Bemühungen seiner Anwältin Ursula Ehrhardt (Hamburg) und der Solidarität mit Frank, die in zahlreichen Briefen, Spenden, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zum Ausdruck gekommen ist. Wir beglückwünschen und umarmen Frank, der wieder bei uns ist! Er hat mit seinem vorbildlichen Verhalten möglicherweise großen Schaden für Strukturen und/oder Personen der Linken verhindert. Franks Beispiel zeigt, daß eine selbstbestimmte Haltung gegenüber der politischen Justiz möglich ist und unterstreicht die Forderung der ROTEN HILFE nach konsequenter Aussageverweigerung gegenüber politischer Strafverfolgung!

ROTE HILFE e.V.

Bundesvorstand

Seit Januar recherchieren zwölf Polizeibeamte im Wiesbadener Bundeskriminalamt "verdachtsunabhängig" im Internet. Acht Beamte in der BKA-Dependance Meckenheim scannen das Netz nach rechts- und linksextremistischen Aufrufen. "Eindrucksvoll" sei die erste Bilanz der BKA-Internetstreife, so BKA-Direktor Leo Schuster in einem ersten Resümee. Im Herbst soll erstmals ein detaillierter Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

In den ersten fünf Monaten wurden 40 linksextremistische Aufrufe zu Gewalttaten und 22 rechtsextremistische Internet-Botschaften entdeckt.

1 bei Bremen
1 in Nordhessen
5 um Berlin
1 bei Göttingen
1 zwischen Hannover und Celle.

Mit diesem Brief laden wir euch aber auch zu einer öffentlichen Diskussion ein.
Vielleicht wundert ihr euch, daß wir - im Gegensatz zu sonstigen eher knapp gehaltenen "waswannwowarum"-Komminiques - geradezu ausschweifend werden. Deshalb zur Erläuterung ein paar Takte vorweg, wie die Idee zu diesem Brief entstanden ist:
In verschiedenen autonomen Gruppen wird zur Zeit überlegt, wie sie sich im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung einbringen können. Dabei stoßen wir auf folgende Beobachtungen:

1) Der Widerstand im Wendland zu den Castor-Transporten hat an Schärfe gewonnen, Tag X2 war ein voller Erfolg. Dennoch haben wir den Eindruck, daß wir zum einen wie das Kaninchen vor der Schlange hocken: wenn die Atommafia Transporte durchführt, rollt der Widerstand an, setzen sie auf Zeit und Deeskalation, wird es wieder ruhig; zum anderen führen wir wieder einen Kampf, den wir schon lange gewonnen gehofft hatten, das deutsche Roll-Back bekommt auch die Anti-AKW Bewegung zu spüren.
Wir wollen hier etwas frischen Wind hineinbringen und schlagen vor, nach eigenem Rhythmus den Druck so zu verstärken, daß die Herrschenden froh wären, mit einer Schließung von "Gorleben" davonzukommen. Wir haben reale Chancen, ihnen kräftig in die Suppe zu spucken.

herrschenden Verhältnisse fallen weitgehend unter den Tisch. Dies ist Ausdruck von unterschiedlichen politischen Herangehensweisen und Perspektiven, die wir gerne zum Thema machen würden...

3) Daran schließt sich für uns eine Auseinandersetzung an, bezüglich unserer eigenen Widersprüchlichkeiten gegenüber unserer radikalen Utopie. Statt "Seid realistisch, fordert das Unmögliche" beteiligen auch Autonome sich am alltäglichen Krisenmanagement. Statt "revolutionärem Elan" ertappen wir uns öfters beim "tristen Tran", der Gewohnheit, sich zunehmend am scheinbar "Machbaren" zu orientieren. Dazu ist ein Versuch einer realistischen Selbsteinschätzung angesagt... .

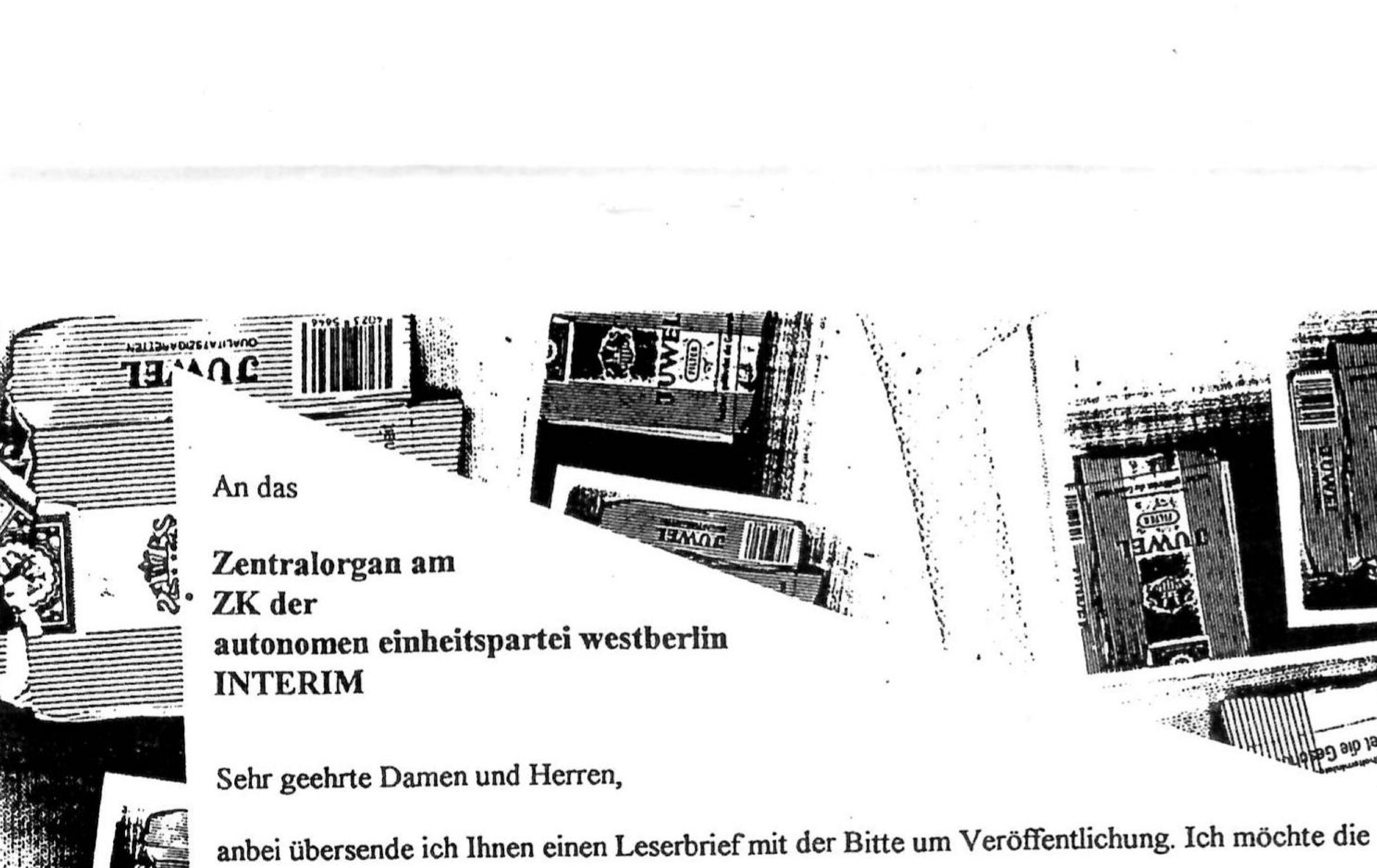
4) Und zuletzt verbinden wir mit diesen Text einen praktischen Vorschlag von einer Aktionsform, von der wir hoffen, daß sie weiter Blüten trägt. Bislang fußt die ganze Castortransportiererei auf der Bereitschaft der Deutschen Bundesbahn, diese auch durchzuführen. Von der Gefährdung, die von den Transporten ausgeht, wollen wir hier nicht reden. Wir reden hier über die Achillesferse der Atommafia.
Für eine Kampagne "Stop die Bahn - Stop den Castor!". Für einen offensiven Angriff auf die Infrastruktur von Bahn- Strom- und Staatseinrichtungen zum Thema Castor!

Genug der Vorrede!

Das AOK ist Teil der linken, außerparlamentarischen Opposition in Berlin. In der Vergangenheit hat ein breites Oppositionsspektrum, von Autonomen über linke Grüne, Jusos, PDS'ler bis hin zum bürgerlich-humanistischen Lager in der Anti-Olympiakampagne, in antimilitaristischen Bündnissen gegen Auftritte der Bundeswehr in Berlin z.T. recht erfolgreich zusammengearbeitet. Wenn jetzt das AOK als Führungskader in den Augen der Bundesanwalttschaft als „terroristische Vereinigung" eingestuft wird, heißt das in der Konsequenz: Die gesamte außerparlamentarische, linke Opposition begibt sich in Gefahr der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Denn wer jetzt öffentlich den radikalen Widerstand gegen die Castortransporte befürwortet, der/die macht sich verdächtig „Drahtzieher" im Sinne der BAW zu sein. Unmittelbar vor dem Einzug der Regierungsbonzen aus Bonn will die Staatsschutzjustiz noch mal gründlich hier in Berlin aufräumen. Die kürzlich erfolgten Anklagen gegen Antifas wegen vermeintlicher Angriffe auf das Faschonest 'Cafe Germania' oder die Verhaftungen von Antifas wegen der angeblichen Beteiligung bei den Überfällen auf NPD'ler in Prenzelberg sprechen eine deutliche Sprache.
Jede Gruppe, die jahrelang in der linken Öffentlichkeit arbeitet, wie die Göttinger Antifa-M oder die Passauer Antifas begibt sich in die Gefahr, in das Fadenkreuz des BKA zu geraten. Jetzt hat es eben das AOK erwischt, wo zumindest der Berliner Senat glaubt noch einige Rechnungen offen zu haben,

Solidarität mit allen kriminalisierten Juwel-RaucherInnen
Castor stoppen!!

Einige Beschuldigte und Betroffene aus Berlin



An das

Zentralorgan am
ZK der
autonomen einheitspartei westberlin
INTERIM

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen einen Leserbrief mit der Bitte um Veröffentlichung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um
1. Einen Artikel zu Bullenrepression gegen Linke im Internet mitzuschicken - die USA geben übrigens zu, das komplette (!) Netz schon ne Zeitlang zu scannen, auch emails natürlich.
2. in diesem Zusammenhang eine Anmerkung zur DIE INTERIM 477 zu machen: Sie veröffentlichen eine Zuschrift eines autonomen Bestelldienstes, der einem Menschen „Zeit und Geld rauben" möchte mit der einzigen inhaltlichen Begründung, daß diese Person „lebensgefährtin" eines Nazis ist. Ich möchte sie bitten, faschistoide Gewaltkonzepte („Sippenhaft") zurückzuweisen oder zu kommentieren (vgl auch Erklärungen der AIZ in Ihrem Organ). Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich, und nun mein Text:

Die Logiken der Unterdrückung brechen !

Liebe ...,

ich hab mich sehr über Euren Text Der Krieg um Kosova und seine patriarchale Logik gefreut, denn die Thematik ist bisher in der Opposition gegen den Krieg tatsächlich weitgehend ausgeklammert worden. Allerings habe ich an einigen Punkten auch Anmerkungen oder Kritik und versuche mich im Sinn Eurer Aufforderung im Ergänzen der Gedanken.

I Kategorienleere

Ihr bezeichnet Eure Analyse als Ergänzung anderer Ansätze (marxistisch, ...). Ich find das Klasse, weil ich gesehen habe, daß sich die bisher formulierten Positionen (proletarisch; ethnisch; feministisch; titoistisch, ...) immer als alleingültig gegen andere Ansätze abgeschottet haben; daß statt der gemeinsamen Erfahrungen immer nur Gegenpositionen vertreten und autoritär durchgesetzt wurden. Ich fürchte, daß Ihr mit Eurem Text diesem selbst formulierten Anspruch nicht gerecht werdet, sondern den ausformulierten Wahrheiten nur eine weitere gegenüberstellt: „Die Logik des Krieges ist die Logik patriarchaler Gewalt." Euer Text ist durchzogen von Formulierungen, die sagen, „das ist so", oder „das muß ...". Ich glaube, daß der jetzt wieder aufflammende Streit um den wirklich wahren Hauptwiderspruch (Ethnie./.Klasse./.Geschlecht) nur ein Streit um die Meinungsführerschaft in der Linken ist. Find ich doof.

II Ethnisierung

Ihr bezeichnet den Konflikt zwischen Serbien und Kosova/NATO und Serbien als rassistisch. Ich halte diese Argumentation in 2 Punkten für gefährlich:
1. Ihr verwendet und verstärkt dadurch rassistische Klischees: „serbische/albanische Bombenopfer", „serbische Unterdrückung/Verbände/Einheiten/Regierung", oder „die

DEN KESSEL

Soliparty für die Betroffenen des Polizeikessels nach reclaim the streets zur Walpurgisnacht.

Punkbands u. Djane

Lazy Slops
Freie Wahl
Tempo Tango
u.a.

17.07. 21h
Kastanie 85

samstag 17.7.
21°° **SUKUDARUWE**
Bassa-Reggae live concert
MOTHER OF ALL NATIONS
Traditional African Music

EX
im MehringHof





Sonntag, 18.7.99, um 19:30 Uhr
im Mehringhof (Blauer Salon)
Gneisenaustr. 2a

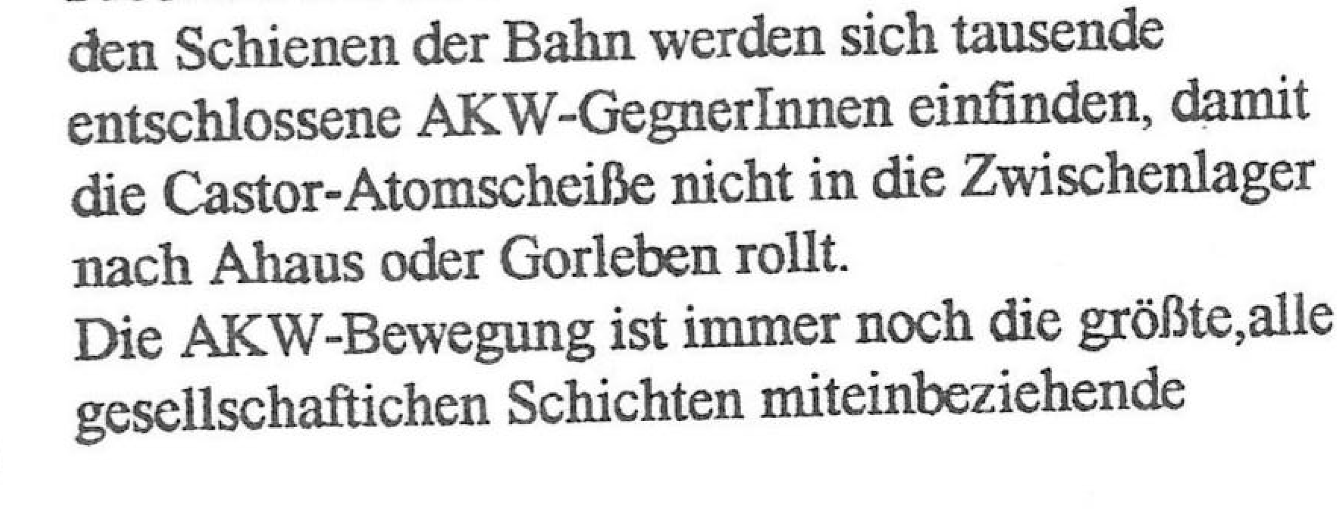


B.O.N.E.
GOES
CINEMA

"verbracht".
Der weitere Ablauf bestand drin, daß in Berlin rund 30 BKA-Beamte mit Unterstützung des Berliner LKA die Wohnungen vom Keller bis zum Dach, sowie die Autos der Beschuldigten und Betroffenen durchsuchten und in fürchterliche Unordnung versetzten.
Gesucht wurden laut Durchsuchungsbeschluß

- Hakenkrallen „insbesonere Baustahl"
- Werkzeuge „zum biegen von Stahl"
- Plastikrohre
- Schraubstöcke
- Angelschnurrollen

Schraubstöcke und Werkzeuge wurden u.a. in einem sympathischen Kreuzberger Taxibetrieb entwendet. Auf nahezu fetischistisches Interesse (Chef, da is ja noch'n Laptop) stießen alle Computer, Bildschirme, Tastaturen, Mäuse, Drucker schlicht jedwedes Zubehör und sämtliche Disketten (ausgebaute Festplatten wurden erst nach wohlmeinendem Hinweis desjenigen Betroffenen, der sich dieses Elektronikmülls entledigen wollte als solche erkannt) Insbesondere wird es interessant sein zu beobachten, ob sie beim Entschlüsseln diverser PGP-Dateien (secrings und IDEA encrypted) Erfolg haben (ein Hoch auf die Errungenschaften der mikroelektronischen Revolution...).



Juwel-Zigaretten nicht nur zu rauchen, sondern diese auch noch „auf einer Betonschwelle im Gleisbett auszudrücken" (...) denn „sie lag 13,20 Meter von der Stelle entfernt, an der die Hakenkrallen" bei Potsdam eingehängt wurden. Damit wird versucht, die vorwiegend im Osten Deutschlands beheimateten Juwel-RaucherInnen gleichermaßen zu diffamieren, wie ihrer Freiheit, in Gleisbetten rauchenderweise zu wandeln, zu berauben.

abajetzmaganzimenst:
Politische Einschätzung

Die Durchsuchungen erfolgten zu einem Zeitpunkt, an dem die rot-grüne Koalition in Bonn nach dem ersten faulen Kompromiß im Koalitionsvertrag zum Atomausstieg nun den endgültigen Kotau vor der Atommafia vorbereitet: Restlaufzeit nicht unter 30 Jahren heißt, daß kein einziges AKW in den nächsten Jahren abgeschaltet wird. Eine Menge Castortransporte stehen demzufolge innerhalb kürzestester Frist in Haus. Und das ist genau ihr Problem. An den AKW-Standorten, auf, vor, unter den Schienen der Bahn werden sich tausende entschlossene AKW-GegnerInnen einfinden, damit die Castor-Atomscheiße nicht in die Zwischenlager nach Ahaus oder Gorleben rollt.
Die AKW-Bewegung ist immer noch die größte,alle gesellschaftichen Schichten miteinbeziehende

13: Ku
14: Demo
18: Köln-Nac
19: Karawane
22: A-Laden Erklär
23: Köln-Nachlese II
24: Transbergischer Tria
25: Verstärker-Kongreß Leip
26: Frank ist draußen
28: Leserbrief
29: Termine
30:

ORDNER:
-Bundesweite Sozialnetz Aktion
-Topten der unterdrückten Nachrichten

Karl-Heinz Werner aus Heidelberg: „Schlimm war, daß die Bahn keine vernünftige Auskunft gab. Wir standen eine Stunde herum."

STAATSSCHUTZ ANGRIFF AUF ANTI AKW BEWEGUNG
BUNDESWEITE HAUSDURCHSUCHUNG 6.7.99
Unterstützt die Betroffenen
F. HAKEN UND H. KRALLE - WIR HABEN WEITER OBERLEITUNG!

JUWEL FILTER

bieten.
Carea e.V. bietet Vorbereitungsseminare an, für Menschen die am Friedenscamp in Chiapas teilnehmen wollen.
Referentin: Dagmar Seybold, Carea e.V.

Donnerstag 22.7.99, 20.30 Uhr:
Nightwatch - Die Nachtwache
Dänischer Psycho-Thriller der Spitzenklasse!

Eintritt frei
Ort: BAOBAB-Infoladen, Christburger Str. 3, 10405 Berlin

Summertime!!!

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag ab 18°°
Sonntags wie imma!

Aufruf und Einladung

Zur Teilnahme an der Antigelöbnisdemonstration: Dienstag den 20.Juli 99, 15.30 U-Bahnhof Kurfürstenstraße

Sehr geehrte Kriegswitwen, DamenimitatorInnen und Krankenschwestern! Männer, Frauen und Transgender mit und ohne Rock! Terrortunten, Genderwarriors, Meuchelmörderinnen und Amazonen!

Wir möchten Sie herzlichst einladen die Vereidigung staatlich legitimierter DeutschMannKiller mit uns gemeinsam zu begehen. Packen Sie Ihre Trillerpfeife ein, Schleifen Sie Ihre Doppelaxt, bringen Sie Ihre persönliche Schlammwanne mit und vergessen Sie auch Ihren Lieblingsfarbbeutel nicht!
Wir möchten die gelobenden Soldaten anfeuern und bestärken!

Alle Männer an die Front - auf das keiner wiederkommt!

Von Beileidsbekundungen bitten wir abzusehen!

LesbischSchwulTransVerqueererTag im EX jeden 1. Sonntag im Monat
(1. August machen wir aber Sommerpause!!)

...s am Bendlerblock!
20. Juli '99
...ße, 15.30
Gelöbnix³

visdp: harald neumann, müllerstraße142a, berlin

6.7.99

Unterstützt die Betroffenen

F. HAKEN UND H. KRALLE: „WIR HABEN WEITER OBERLEITUNG!"

Nr. 480

15. Juli 1999